



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

## **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG-Projekt "Digitale Sammlung Deutscher Kolonialismus"**

### **Ein Jahrhundert voller Unrecht**

**Smuts, Jan Christiaan**

**Berlin, 1900**

**urn:nbn:de:gbv:46:1-9355**



# Ein Jahrhundert voller Unrecht.

Ein Rückblick  
auf die südafrikanische Politik Englands.

Veröffentlicht auf Veranlassung und unter Mitwirkung

von

**Dr. F. W. Reitz,**

Staatssekretär der Südafrikanischen Republik.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen.



Berlin 1900.  
Verlag von Hermann Walther  
W., Wilhelmstrasse 47.

VII. 5.c. 0762

VII.5.c.762



VII . 5 . c . 0762 .



# Ein Jahrhundert voller Unrecht.

Ein Rückblick  
auf die südafrikanische Politik Englands.

Veröffentlicht auf Veranlassung und unter Mitwirkung

von

**Dr. F. W. Reitz,**  
Staatssecretair der Südafrikanischen Republik.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen.



Berlin 1900.  
Verlag von Hermann Walther  
W., Wilhelmstrasse 47.

VII. 5.c. 0762



## Vorwort.

---

Die folgenden Blätter, welche auch in holländischer, französischer und englischer Sprache erschienen, schildern mit absoluter historischer Treue in grossen Zügen das Entstehen der beiden Südafrikanischen Freistaaten und die seit hundert Jahren immer wiederholten Versuche Grossbritanniens, die tapferen Boeren zu unterjochen.

Wer diese Zeilen gelesen, kann sich hineinversetzen in das seelische Empfinden dieses Heldenvolkes. Jahre-, ja jahrzehntelang ist es den Gegnern gelungen, erfolgreich ein gerechtes Urteil zu verhindern und das Bild, das man sich in Europa von dem Charakter und der Befähigung der Boeren und den Zuständen in ihrem Lande machte, zu trüben. Erst der Räubereinfall Jamesons öffnete allen nachdenkenden Menschen die Augen und die reissend schnelle Entwicklung der Verhältnisse, welche im Oktober zur Katastrophe, dem Bruderkriege führte, dessen Zeugen wir gegenwärtig sind, hat der ganzen nichtenglischen Welt und auch vielen klarblickenden Engländern zum Bewusstsein gebracht, auf welcher Seite das Recht ist.

Bis ins Innerste ergriffen werden wir von diesem gigantischen Ringen der 50000 Helden, die unüberwindlich erscheinen durch ihre Tapferkeit, Gottesfurcht und ihre puritanische Sittenstrenge, gegenüber dem Aufgebot der gesammten Hilfsmittel des Riesenreiches England.

Möge das Recht über die Macht triumphieren!

Berlin, Februar 1900.

---



## Einleitung.

Afrikanische Brüder!

Wieder ist der Tag angebrochen in unserer mit Blut geschriebenen Geschichte, der uns zu den Waffen ruft, um den Kampf für Freiheit und Existenz von neuem aufzunehmen und unser nationales Geschick in die Hand der Vorsehung zu legen, die unser Volk so wunderbar durch Süd-Afrika geleitet hat. Der Kampf während fast eines Jahrhunderts, der begann, als der holländischen Bevölkerung am Kap der Guten Hoffnung ein fremder Herrscher aufgedrängt wurde, neigt sich seinem Ende zu; wir nähern uns dem Schlussakt des grossen, für ganz Süd-Afrika so gewichtigen Dramas; wir sind auf dem Punkt angekommen, wo entschieden werden muss, ob all die Opfer, die unsere Väter und wir der Freiheit gebracht haben, vergeblich gewesen sind, ob das Blut unseres Volkes, mit welchem jedes Stück von Süd-Afrika sozusagen geweiht ist, vergeblich floss, oder ob durch Gottes Gnade nun der letzte Stein dem Gebäude eingefügt werden soll, welches unsere Voreltern unter so viel Mühe und Drangsal begonnen haben. Die Stunde ist angebrochen, in welcher entschieden wird, ob Süd-Afrika durch Zurückgewinnung seiner Freiheit in einen neuen Abschnitt seiner Geschichte eintreten oder ob unser Volk aufhören wird, zu bestehen, vernichtet in dem Streit für die Freiheit, die es stets höher geachtet hat als alle irdischen Güter, und ob Süd-Afrika beherrscht werden wird durch gewissenlose

Goldkönige, welche handeln im Namen und unter dem Schutze einer eigennützig und verhassten Regierung, die 7000 Meilen von hier entfernt ihren Sitz hat.

In dieser Stunde ist es am Platz, einen Blick zurückzuwerfen auf die Geschichte dieses grossen Ringkampfes. Wir thun dies, nicht um uns selbst zu rechtfertigen, denn die Freiheit, für die wir alles eingesetzt haben, hat uns gerechtfertigt und unsere Fehler und Gebrechen bedeckt, sondern um bei der Erinnerung an das, was unser Volk durch Gottes Hülfe bereits gethan und gelitten hat, geweiht und bereitet zu werden für den Kampf, in dem wir stehen, so dass auch wir würdig werden, das Werk unserer Väter fortzusetzen und wenn möglich zu vollenden. Durch die schmerzreiche Geschichte unserer Vergangenheit glänzen die ruhmreichen Thaten unserer Väter gegen Bantus und Britten als Leitsterne hindurch, um für die Nachkommenschaft den Weg zu weisen zum Endziel aller Opfer und Irrwege unseres schwer misshandelten Volkes. Auch soll die historische Behandlung uns der nackten Wahrheit näher bringen, welche vor dem Richterstuhl der unparteiischen Geschichte zwischen uns und unseren Feinden entscheiden wird. Die Fragen der letzten Zeit, die ihre Lösung in dem gegenwärtigen Kriege finden, haben ihren Ursprung tief in unserer vergangenen Geschichte. Nur im Lichte dieser Geschichte ist es möglich, die Triebfeder für die jetzigen Ereignisse zu finden und zu beurteilen und auf diese Weise zur Wahrheit zu gelangen, auf welche unser Volk sich beruft als auf seine endgiltige Rechtfertigung in dem gegenwärtigen Kriege. Aus der Geschichte wird es zur Genüge klar werden, dass die Behauptung von Humanität, Bildung und gleichen Rechten, auf welche die brittische Regierung ihre Handlungsweise basirt, nichts anderes ist als eine Verschleierung des heuchlerischen Annections- und Räubergeistes, welcher sie zu allen Zeiten und in allen Beziehungen zu unserem Volk gekennzeichnet hat.

---

## Das Kap der Guten Hoffnung.

---

Die Sache, für die wir nun wieder in den Kampf ziehen, ist in etwas veränderter Form dieselbe, für die bereits so viele unserer Voreltern vor Jahrhunderten die schmerzlichste Leidensgeschichte durchmachten, für die sie Haus und Vaterland verliessen und sich in der Kolonie am Kap der Guten Hoffnung niederliessen, um daselbst die Gewissensfreiheit zu geniessen, die ihnen in ihrem Geburtsland verweigert wurde.

Trotz der drückenden Fesseln der ostindischen Gesellschaft wuchs die junge Ansiedelung mit solcher Kraft, dass, als im Jahre 1806 die Kolonie in die Hände Englands überging, sich bereits ein starker nationaler Geist und Freiheitssinn entwickelt hatte. Wie es treffend gesagt ist in einem Document, datiert aus der ruhmreichsten Zeit unserer Geschichte, wuchs aus den zwei Stämmen der Holländer und der französischen Hugenotten „ein Volk auf, eins im Glauben, eins in ruhiger Ehrfurcht vor dem Gesetz, aber auch eins im Gefühl der Freiheit und Unabhängigkeit, ebenso stolz, wie die Strecken gross und weit waren, die sie allmählich der wilden Natur entzogen oder der wilderen, ursprünglichen Bevölkerung.“

Als die holländische Regierung im Jahre 1806 derjenigen von Gross-Britannien Platz machte, noch mehr als diese Veränderung im Jahre 1814 bestätigt wurde in einer Transaktion, in welcher der Prinz von Oranien gezwungen wurde, die Kapkolonie gegen den Willen des Volkes

für 6 Millionen Pfund Sterling an Gross-Brittannien abzutreten, trat die kleine Kolonie in einen neuen Abschnitt ihrer Geschichte, einen Zeitabschnitt, in welchem das Volk bestimmt war, durch seinen heldenmütigen Kampf für das Recht sich die Sympathie der Welt zu erwerben.

Das junge Afrikanervolk hatte sich zu einer starken weissen Aristokratie entwickelt, scharf geschieden von den zahllosen farbigen Eingeborenen. Die brittische Regierung verstand es, den Afrikaner-Geist auf die empfindlichste Weise zu drücken, dadurch, dass sie auf den verschiedensten Wegen die Partei der Eingeborenen gegenüber den Afrikanern ergriff. So z. B. mussten die Afrikaner-Boeren mit den Händen im Schoss dem Schauspiel der Verwüstung ihrer Höfe und Güter zuschauen, ohne in der Lage zu sein, sich selbst zu verteidigen, da die brittische Regierung selbst sie aller Munition beraubt hatte. So musste der freie afrikanische Bürger niedergehalten werden durch eine Polizei, angeworben aus den Hottentotten, der verachtetsten Klasse der Eingeborenen, welche der Afrikaner mit Recht als auf einer noch niedrigeren sozialen Stufe als seine eigenen malayischen Sklaven stehend betrachtete. Kein Wunder, dass im Jahre 1815 ein Teil der Boeren sich zu einem Aufstand treiben liess, der unterdrückt wurde durch das entsetzliche Ereignis vom 9. März 1816, bei welchem sechs der Boeren auf unmenschliche Weise unter dem erzwungenen Beisein ihrer Frauen und Kinder hingerichtet und, als das Schaffot brach, sterbend nochmals hinaufgezogen und gewürgt wurden; das war das Mordschauspiel von Slachtersnek! Wie man auch in anderer Hinsicht von diesem Ereignis denken mag, zu Slachtersnek wurde das erste Blutzeichen aufgerichtet, welches die Grenzlinie zwischen Boeren und Britten in Süd-Afrika gezogen hat.

Aber dieses war nur der Anfang. Unter dem Deckmantel des Christentums und anderer hochgeschätzter Grundsätze hat die brittische Regierung stets ihren Hass gegen unser Volk und unsere Nationalität verborgen und ihre selbstsüchtigen Absichten verdeckt und so musste

selbst der Gottesdienst einer Unterdrückungspolitik zu Hilfe kommen, um unser Volk noch tiefer und schmerzlicher in seinem Ehrgefühl zu kränken. Missionare von der „London Missionary Society“ wurden ausgeschiedt, um die Boeren zu verleumden und der unmenschlichsten Grausamkeiten gegen die Eingeborenen zu beschuldigen. Diese Verläumdungen fanden mit Hülfe der brittischen Regierung ein leichtes Gehör bei dem englischen Publikum und die Folge davon war, dass unter dem Druck einer mächtigen philanthropischen Bewegung in England unser armes Volk schwer gepeinigt wurde und sich gegen die grössten Beschuldigungen und Beleidigungen vor den Gerichtshöfen verteidigen musste.

Aber diese Probe haben sie glänzend bestanden und die Akten der Kriminalhöfe der Kapkolonie beweisen, dass es unter den weisse Sklaven besitzenden Klassen auf der ganzen Welt kein menschenfreundlicheres Volk gab als die Afrikaner-Boeren.

Ihre Ansicht, dass die Eingeborenen nicht als Erwachsene und ihnen Gleichstehende angesehen werden müssen sondern als unerwachsene Kinder, die einzig durch eine gerechte aber strenge Zucht für sittliche Einflüsse zu gewinnen sind, war die Grundlage ihrer Handlungsweise damals, wie sie es bis auf den heutigen Tag geblieben ist, und dieser Ansicht schliesst sich die moderne Meinung der gebildeten Welt mehr und mehr an.

Aber die Thatsache, dass ihre Sache gut war und vor den Gerichtshöfen triumphierte, war für die Voreltern keine Verminderung sondern eine um so grössere Verschärfung der Empfindung von dem ihnen angethanen Unrecht. Dies Gefühl von Unrecht wurde noch lebendiger gemacht durch die Weise, auf welche die Emanzipation der Sklaven, im Princip eine vortreffliche Maassregel, in Bezug auf die Boeren ausgeführt wurde.

Die Boeren waren Eigentümer von Sklaven, welche grossenteils in englischen Schiffen eingeführt und durch sie von Engländern gekauft waren. Da beschloss die englische Regierung, die Sklaverei abzuschaffen. Wir hatten

nichts dagegen, falls wir genügend entschädigt würden; jedoch von den 20 Millionen Pfund Sterling, die vom englischen Parlament dafür ausgesetzt waren, wurden nur  $1\frac{3}{4}$  Millionen uns zuerkannt, obgleich unsere Sklaven selbst durch englische Beamte auf drei Millionen geschätzt waren. Und das Geld war in London zahlbar; dorthin konnten wir aber nicht gelangen. Unsere Rechte verkauften wir an Agenten für ein Butterbrot und viele von uns, durch die Schwierigkeiten eingeschüchtert, unterliessen gänzlich den aussichtslosen Versuch des Geldeintreibens. Greise und Wittwen, welche im Wohlstand gelebt hatten, gingen bettelarm zu Grabe und nach und nach begann die Erkenntnis sich uns aufzudrängen, dass Gerechtigkeit für uns bei England nicht zu finden sei. Froude, der englische Geschichtsschreiber, kommt der Wahrheit nahe, wenn er in „Oceana“ (Seite 34) sagt: „Die Sklaven am Kap hingen mehr am Haus als an dem Boden. Die Skandale auf den ostindischen Plantagen waren hier unbekannt. Weil die Holländer ein langsames Volk sind und keine Begeisterung für unsere neuen Ideen an den Tag legen, fielen sie bei uns in Ungnade und darin sind sie seitdem geblieben. Der ungünstige Eindruck, den sie auf uns machten, ist eine Tradition der englischen Presse und auch leider der kolonialen Regierung geworden. Wir hatten sie ungerecht und unverständig behandelt und wir vergeben niemals denjenigen, welchen wir Unrecht gethan haben . . . Man denke an Irland.“

Doch es kam noch mehr. Im Jahre 1814, als die Engländer laut Uebereinkunft die Kolonie als Eigentum erhielten, war die östliche Grenze der Fisch-Rivier. Die Kaffern machten von Zeit zu Zeit Einfälle in die Kapkolonie, vor allem im Jahre 1834, mordend, raubend und die hilflosen Kolonisten, ihre Frauen und Kinder auf grausame, beinahe unbeschreibliche Weise misshandelnd. Endlich wurde der Gouverneur veranlasst, die Gegend von ihren Ueberfällen zu säubern, und dies wurde mit Hilfe der Boeren gethan. Doch Lord Glenelg, der Staatssekretär für die Kolonien, gab das ganze Terrain wieder den Kaffern

zurück und verläumdete die Boeren in gleich starken Ausdrücken, wie es früher die unverantwortlichen Londoner Missionare gethan hatten, offen Partei nehmend für die Kaffern und gegen die Boeren. Sie waren selbst ausgezogen, um ihr gestohlenen Vieh von den Kaffern zu holen, und mussten doch mit ansehen, dass dasselbe Vieh mit ihrem eigenen Brandzeichen dem Meistbietenden verkauft wurde, um die Kosten der Kommandos zu bestreiten. Gerechtigkeit von den Engländern war nicht zu erwarten, keine Sicherheit für Leben und Eigentum unter der Flagge einer Regierung, die offen für das Unrecht Partei ergriff. Die aristokratischen Nachkommen der hochmütigsten und zähesten Völker von Europa mussten sich bücken und beugen vor einer Regierung, die eine Handelspolitik von schreiendem Unrecht mit einer ungerechten philanthropischen Heuchelei vereinigte.

Aber nicht allein gegenüber den Eingeborenen wurde der Boer unterdrückt.

Bei der Uebergabe der Kolonie an England im Jahre 1806 wurde ihre Sprache den Einwohnern verbürgt. Diese Bürgerschaft sollte indes bald dieselbe Behandlung erfahren, wie alle späteren Traktate und Uebereinkünfte unseres Volkes mit England. Im Jahre 1825 wurde verordnet, dass künftighin alle offiziellen Dokumente englisch geschrieben sein müssten, Gesuche in der Landessprache wurden nicht angenommen. Die Boeren wurden von den Geschworenenbänken ausgeschlossen, weil ihre Kenntnis des Englischen zu mangelhaft war und sie wurden von englischen Jurys, mit denen sie nichts gemein hatten, abgeurteilt.

## Der grosse Trek.

---

Nach 30 Jahren englischer Regierung hatte es sich zur Genüge gezeigt, dass wohl kaum etwas Gutes sondern nur Unterdrückung bei derselben zu finden war. Ihre Stellung war unerträglich in der englischen Kolonie und man entschloss sich, Haus, Hof und Habe, soweit diese noch von der Verwüstung durch die Kaffern verschont geblieben waren, preiszugeben und das brittische Gebiet zu verlassen.

Der Lieutenant - Gouverneur Stockenstroom wurde vorher um Rat gefragt, doch er erwiderte, dass kein Gesetz bestände, welches sie hindern könnte, die Kolonie zu verlassen und sich anderswo niederzulassen.

Der General-Prokureur Olifant, von Colonel Somerset um Rat gefragt, gab gleichen Bescheid, indem er sagte, dass die Auswanderer augenscheinlich die Absicht hätten, in ein anderes Land zu ziehen und sich nicht länger als brittische Unterthanen zu betrachten. Ausserhalb der brittischen Grenzen nun lagen die Landstriche nördlich vom Oranje-Rivier und östlich von den Drachenbergen, und, soviel man wusste, waren diese Strecken von Barbaren bewohnt.

Jedoch man beschloss, lieber die Gefahren der Wüste zu bestehen, dort ein Stück Land von den Kaffern zu erhandeln und ein unabhängiges Gemeinwesen zu gründen, als länger unter brittischer Herrschaft zu bleiben. Diese Gefühle spiegeln sich wieder

in den Worten von Piet Retief, als er Grahamstad verliess:

„Wir verzweifeln daran, die Kolonie von dem Uebel, das sie von landstreichenden Kaffern bedroht, zu retten; es besteht keine Aussicht auf Frieden oder Glück für unsere Kinder. Wir klagen über Raub und Vernichtung, welche wir von den Einfällen der Kaffern zu leiden hatten. Wir klagen über die im Namen des Glaubens uns zugefügte Irreleitung, wir verlassen die Kolonie, um ein ruhiges Leben zu suchen, und wir werden Niemanden belästigen; doch — wenn überfallen — werden wir uns und unsere Güter bis aufs Aeusserste verteidigen. Wir verlassen diese Kolonie in der vollsten Ueberzeugung, dass die brittische Regierung nichts mehr mit uns zu thun hat und uns gestatten wird, uns selbst zu regieren, ohne uns etwas in den Weg zu legen. Wir verlassen das fruchtbare Land, wo wir geboren sind, und stehen auf dem Punkte, in ein fremdes und gefährliches Land zu wandern; doch wir gehen in dem festen Vertrauen auf einen allgegenwärtigen, gerechten und gnädigen Gott.“

Unsere Väter und wir zogen nun über den Groot-Rivier in den unbekanntem Norden als freie Männer, keinem Fürsten der Erde unterthan. Da begann, was das englische Parlamentsmitglied Molesworth als eine eigenartige Verfolgung bezeichnet hat „Der auswandernde Boer verfolgt durch das brittische koloniale Amt, die sonderbarste Verfolgung, die jemals Sterbliche gesehen haben“.

Das brittische Parlament erfand sogar ein Gesetz (6 und 7. W. 4. c. 57.) im Jahre 1836, um ausserhalb der brittischen Gerichtsbarkeit bis zum 25. Grad südlicher Breite Strafen aufzuerlegen. Und als wir weiter nördlich zogen, versprach Grey, durch das Parlament dieses ungerechte Gesetz ausdehnen zu lassen bis an den Aequator. Dabei sei bemerkt, dass in dem Gesetz speziell festgelegt wurde, dass dasselbe nicht so anzusehen sei, als ob es irgend welche Souveränität oder Herrschaft über genannte Landstriche darstelle.

Die ersten auswandernden Familien waren die Trichardts und Rensburgs, welche weiter nach Norden zogen, doch die Rensburgs wurden grausam von den Kaffern ermordet und die Trichardts erreichten nach unglaublich vielen Leiden und Mühsalen die Delagoabai, um dort armselig am Fieber zu sterben.

## Die Gründung von Natal.

Mit der zweiten Abteilung lief es ebenso unglücklich ab. Nachdem Piet Retief in aller Form und gegen Entschädigung und schriftliche Ratifikation von Dingaan, dem Häuptling der Zulus, den jetzt Natal genannten Landstrich erhalten hatte, ermordete Dingaan ihn und seine Angehörigen durch Verrat, dazu veranlasst durch die Engländer, am 6. Februar 1838. So kamen 66 Boeren und 30 ihrer Knechte um das Leben und so verlor der grosse Auswanderungszug seinen grossmütigsten und edelsten Führer.

Dingaan griff dann den Haupttrupp an und überfiel die Frauen, Kinder und Greise zu Boesmansrivier (Blauwkrans), wo jetzt das Dorf Weenen steht; hierbei wurden 282 Weisse und 250 farbige Dienstboten ermordet. Gegen Ende jenes Jahres drangen wir in das Land des Gewalthabers mit einem kleinen Kommando von 464 Mann und am 16. Dezember 1836, seitdem bekannt als der „Dingaan-Tag“, schlugen wir die Truppen der Zulus in Stärke von ungefähr 10000 Mann.

Darauf liessen wir uns friedlich in Natal nieder und gründeten eine freie Republik; der Boden war ja mit unserem Gelde gekauft und unserem Blut getauft.

Doch nicht von langer Dauer sollte die Republik sein. Das britische Kolonial-Amt sass uns auf den Fersen. Zuerst entschloss sich die britische Regierung zu einer

militärischen Okkupation von Natal, denn wie Gouverneur Napier am 22. Juni 1840 an den Staats-Sekretär Lord Russell schrieb, „war es augenscheinlich die feste Absicht Ihrer Majestät Regierung, ihre kolonialen Besitzungen in Afrika nicht auszubreiten.“ Die militärische Okkupation hatte nur den Zweck, die Boeren zu unterdrücken, wie Gouverneur Napier unverblümt in seinem Telegramm an Lord Glenelg vom 16. Juni 1838 erklärt, nämlich, um zu verhindern, dass die Boeren Pulver empfangen und um sie davon abzuhalten, eine unabhängige Republik zu gründen, wodurch er hoffte, die weitere Auswanderung abzuschneiden. Und endlich instruiert Lord Stanley den Gouverneur Napier am 10. April 1842, den ausgewanderten Boeren jede Verbindung mit dem Kap abzuschneiden und ihnen mitzuteilen, dass die britische Regierung die Barbaren gegen sie unterstützen und sie als Aufständische behandeln würde.

Der militärischen Okkupation wurde von uns Widerstand geleistet und dieselbe zweimal abgewendet. Mehr Engländer jedoch ertranken auf der Flucht als durch die Kugeln gefallen waren. Später wurde der Kommissar Cloete gesandt, um die junge Republik zu annektieren als Belohnung dafür, dass die Boeren sie vorbereitet hatten für die Zivilisation.

Nur unter dem kräftigsten Widerstand von unserer Seite geschah dies. Am 21. Februar 1842 schrieb der Volksrat von Maritzburg unter dem Vorsitz von Joachim Prinsloo an Gouverneur Napier: „Wir wissen, dass es einen Gott giebt, der Herrscher ist über Himmel und Erde und der die Kraft hat und willens ist, die Schwachen gegen ihre Unterdrücker zu beschützen. Auf Ihn vertrauen wir und auf unsere gerechte Sache. Falls es sein Wille ist, dass wir, unsere Frauen und Kinder gänzlich vernichtet werden müssen, werden wir uns demütig seinem Willen unterwerfen. Wir wollen die Macht Englands nicht herausfordern, doch wir können nicht zulassen, dass Macht über Recht triumphieren soll, ohne dagegen gekämpft zu haben mit aller unserer Kraft.“

Dem englischen Kommissar erklärten Boerenfrauen aus Maritzburg: „dass sie lieber barfuss über die Drachenberge in die Freiheit oder den Tod gehen wollten, als sich wieder der brittischen Herrschaft unterwerfen“.

Und sie waren getreu ihrem Wort, als Andries Pretorius, unser tapferer Führer, Hunderte von Meilen weit zu Pferd nach Grahamstad hindurchgeritten war, um den Gouverneur Pottinger mit dem wahren Zustand bekannt zu machen. Dieser aber schickte, ohne ihn anzuhören, ihn mit der Ausrede zurück, dass er zu viel zu thun habe! Als er nun die Drachenberge auf der Rückreise erreichte, fand er beinahe die ganze Bevölkerung im Aufbruch — fort von der englischen Herrschaft hinüber über die Berge. Seine Frau lag krank im Wagen, seine Tochter musste die Ochsen führen und war durch einen derselben stark verwundet.

Sir Harry Smith, Pottingers Nachfolger als Gouverneur, beschrieb den Zustand der auswandernden Boeren als „einen Zustand von Elend, wie er ihn niemals gesehen habe, ausser bei dem Einfall von Masséna in Portugal; das Schauspiel wäre wirklich herzerweichend.“

Dieses hatte uns die brittische Regierung in Bezug auf Natal zugefügt!

Wir zogen zurück über die Drachenberge nach dem Freistaat, wo einige blieben, während andere über den Vaal-Rivier nach dem Norden zogen.

---

## Der Oranje-Freistaat.

Die Engländer hatten dem obenerwähnten Gesetz (6 u. 7 W. 4 c 57) folgend einen Residenten im Oranje-Freistaat angestellt. Pretorius jedoch stellte ihm eine Frist von 48 Stunden, um die Republik zu verlassen. Sir Harry Smith brachte darauf ein Heer zusammen, grossenteils aus Schwarzen bestehend — aber aufgerufen gegen die Weissen, und kämpfte gegen uns bei Boomplaats am 29. August 1848.

Nach dem Gefecht, das sehr hartnäckig gewesen war, wurde ein Boer Thomas Dreyer von den Schwarzen von Smiths Armee gefangen genommen und zur Schande des englischen Namens umgebracht für keine andere Missethat als dafür, dass er, obwohl vor Jahren brittischer Unterthan, es nun wagte, gegen die Flagge Ihrer Majestät zu Felde zu ziehen.

Inzwischen hatte Sir Harry Smith den Freistaat annektiert unter dem Namen „Oranje-River-Sovereignty“ und unter dem Vorwand, dass vier Fünftel der Einwohner die brittische Herrschaft vorzögen und nur eingeschüchtert seien durch die Gewalt von Pretorius. Doch bald geriet der brittische Resident mit dem mächtigen und schlauen Häuptling der Basutos Moshesh aneinander. Der Resident rief die Boeren zur Hülfe, doch von den tausend Gerufenen kamen nur 75 und die Engländer unterlagen. Das Bestehen der „Oranje-River-Sovereignty“, so schrieb der Resident an seine Regierung, hinge nun ab von

Andries Pretorius, dem Mann, auf dessen Kopf Sir Harry Smith einen Preis von 2000 Pfund Sterling gesetzt hatte. Earl Grey massregelte Sir Harry Smith und den Residenten Warden und setzte sie ab, indem er in seinem Telegramm vom 15. Dezember 1851 an den Gouverneur sagte, dass die brittische Regierung das Land annektiert habe in der Meinung, dass dies allgemein von den Einwohnern gewünscht würde. Falls jedoch die Einwohner das Ansehen der brittischen Regierung nicht unterstützen wollten, welche allein zu ihrem Vorteil handelte, und falls sie wünschten, davon befreit zu werden, dann hätte man kein Interesse, daran festzuhalten.

„Wenn wir uns zurückziehen, werden Sie (der Gouverneur) jedoch deutlich verstehen, dass irgend welche, wenn auch noch so blutige Kriege, die event. später unter verschiedenen Stämmen und Bevölkerungen in einem unabhängigen Staat ausserhalb der kolonialen Grenzen geführt werden, nicht geeignet erscheinen werden, um als Grund zur Einmischung zu dienen.“

In andern Worten, wie Froude sagt: „Im Jahre 1852 lernten wir, dass Kriege mit Eingeborenen und Holländern kostbar und nutzlos seien, dass das Aussenden von Truppen und das Töten von Tausenden von Eingeborenen eine eigentümliche Manier sei, um sie zu beschützen. Wir beschlossen damals, innerhalb unseres Gebietes zu bleiben, uns nicht einzumengen auf der anderen Seite des Oranje-Rivier und Eingeborene und Holländer allein zu lassen, um ihre Streitigkeiten auszutragen.“

Wir beschlossen im Jahre 1852, den Oranje-Rivier zur Grenzlinie der brittischen Oberhoheit zu machen. Wir schlossen formelle Traktate mit den zwei holländischen Staaten und verpflichteten uns, uns nicht mehr zwischen sie und die Eingeborenen einzumengen, sondern es ihnen zu überlassen, entweder als ein Bollwerk zu dienen zwischen uns und Innerafrika, oder, was wir für das Wahrscheinlichste hielten, unterzugehen in dem ungleichen Kampf mit kriegerischen Stämmen, die ihnen unendlich an Zahl überlegen waren.“

Ein neuer Gouverneur, Sir Geo. Cathcart, wurde hinausgesandt mit zwei Spezial-Kommissaren, um die neue Politik in die Wege zu leiten und es wurde zwischen England und dem Freistaat ein Traktat gezeichnet, durch welchen dem letzteren vollkommene Unabhängigkeit verbürgt und von brittischer Seite die Verpflichtung übernommen wurde, sich nicht mit Eingeborenenstämmen nördlich von Groot-Rivier einzulassen.

Cathcart sagt in seinem Briefe: „die Souveränitäts-Seifenblase ist geplatzt“ und „die thörichte Souveränitätsposse ist ausgespielt“.

Die Konvention zwischen England und dem Freistaat war noch nicht 15 Jahre alt, als sie von den Engländern gebrochen wurde, obwohl sie feierlichst sich verpflichtet hatten, sich nicht in Sachen der Eingeborenen nördlich von Groot-Rivier einzumischen. Als indes die Basutos die Freistaatler ermordet und beraubt, ihre Frauen geschändet und Gewaltthaten ohne Ende verübt hatten und es den Freistaatlern nach drei Jahren voller Kämpfe gelungen war, die Basutos gründlich zu züchtigen, meldete England sich im Jahre 1869 zu Gunsten der Basutos in den Streit, erklärte indess in der Aliwal-Konvention nochmals, sich nicht mehr einmischen zu wollen.

Die Tinte dieses Traktats war kaum trocken, als Diamanten in dem Teil des Freistaates zwischen Groot- und Vaalrivier, wie bereits berichtet, entdeckt wurden. Anstatt nun rundweg zu erklären, dass sie, die brittische Regierung, die Stärkere wäre und darum den Boden fordere, auf welchem die Diamantmine lag, wurde heuchlerischer Weise als Ursache angegeben, dass dieselbe irgend einem Eingeborenen gehöre, trotzdem die Unwahrheit dieser Behauptung sogar durch brittische Gerichtshöfe festgestellt worden war.

„Es war der Gedanke“, sagt Froude, „dass die prächtigste Diamantmine der Welt für das brittische Reich nicht verloren gehen dürfe.“ Der Grund wurde den Boeren abgenommen „und von diesem Tag an kann der Boer in

Süd-Afrika weniger als je englischen Versprechungen trauen.“ Dieses bezeichnet Froude, welcher vor dem Jameson-Einfall starb, als „perhaps the most discreditable page in British-colonial history“.

Später, als Herr Brand nach England ging, bekannte sich England schuldig und bezahlte einen Schadenersatz von armseligen 90000 Pfund Sterling für die reichsten Diamantfelder der Erde, welche beinahe täglich einen grösseren Wert produzieren.

Doch ungeachtet der Freistaats-Konvention, ungeachtet der wiederholten Versprechungen in der Aliwal-Konvention, musste der Freistaat noch einen dritten unerhörten Bruch der Konvention von England sich gefallen lassen. Zehntausende Gewehre wurden durch die Kapkolonie nach Kimberley eingeführt und dort an Kaffern verkauft, welche die zwei holländischen Republiken umzingelten und bedrohten. General Sir Arthur Cunyngham, der englische Befehlshaber in Süd-Afrika, sagt, dass unter ihm 400000 Gewehre an die Kaffern verkauft sind. Proteste von Seiten Transvaals und des Freistaates halfen nichts, und als der Freistaat, von seinem guten Recht Gebrauch machend, Wagen voller Gewehre auf dem Weg nach dem Freistaat anhielt, musste er noch obendrein Schadenersatz an die britische Regierung bezahlen.

„Der Freistaat,“ sagt Froude, „bezahlte den Schadenersatz unter Protest mit einer unmodernen Berufung auf den Gott der Gerechtigkeit, den sie wunderbarer Weise für etwas Wirkliches halten.“

In der englischen Politik gilt also sogar der Gott der Gerechtigkeit nichts mehr.

Soweit unser erzwungener Auszug aus der Kapkolonie und die Wegnahme von Natal und dem Freistaat durch England. Es bleibt nur noch Transvaal.

## Die Süd-Afrikanische Republik.

Wir haben bereits von dem unglücklichen Ende des Trichardtuges erzählt. Die Trichardts fanden Transvaal überschwemmt von Moselikatse's Kriegsvolk (Matabele-König, Vater von Lobengula). Die anderen Kaffernstämme in Transvaal waren ihm tributpflichtig.

Als er von den herankommenden auswandernden Boeren hörte, schickte er seine Horden aus, um sie zu vernichten. Sie mordeten ein paar einzelne Menschen, doch wurden sie zu Vechtkop durch die kleine Truppe von Sarel Celliers zurückgeschlagen, wobei auch die Boerenfrauen sich durch Heldenthaten auszeichneten. Kurz darauf zogen die auswandernden Boeren über den Vaal-Rivier und nach zwei Schlachten jagten sie Moselikatse und seine Barbaren über den Limpopo-Rivier tief ins Matabeleland.

Nach der Annektion von Natal war Andries Pretorius auch nach Transvaal gekommen und lebte dort ruhig als Anführer ungeachtet des Preises, den Harry Smith auf seinen Kopf nach der Schlacht bei Boomplats gesetzt hatte, und der brittische Resident im Freistaat, welcher damals noch zu England gehörte, musste an den englischen Gouverneur schreiben, dass das Los des Freistaates von diesem Pretorius abhinge. Seinem Einfluss war es zu verdanken, dass Moshesh die brittischen Soldaten nicht vernichtete. „Man hatte in England beschlossen“, wie der mehr erwähnte Froude sagt, „Afrikaner und Kaffern ausserhalb der Grenzen unbehelligt zu lassen in der

Hoffnung, dass die Kaffern die Afrikaner vertilgen würden.“

Das Kolonialamt war daher froh, als der Gouverneur im Jahre 1851 einen Brief von Andries Pretorius, dem Oberkommandanten der transvaalischen Boeren, empfing, worin er im Namen seines Volkes das Anerbieten machte, Unterhandlungen mit der brittischen Regierung anzuknüpfen behufs Abschlusses eines Friedens- und Freundschafts-Traktats.

Der Preis, der auf seinen Kopf gesetzt war, wurde sofort gestrichen und, als Harry Smith in Unehre abgerufen, wurde Gouverneur Cathcart von Earl Grey ausgesandt, um die Unabhängigkeit der Boeren anzuerkennen.

Das Aberdeen-Ministerium, welches unmittelbar darauf folgte, erklärte durch seinen Vertreter im englischen Unterhaus „es thäte ihm Leid, dass sie jemals den Groot-Rivier überschritten hätten. Lord Grey hätte solches gethan auf Anordnung von Sir Harry Smith und gegen sein eigenes besseres Wissen und gegen bessere Einsicht, da die Boeren sich feindlich gegen die brittische Herrschaft gezeigt hätten.“ Diese Politik billigte das brittische Unterhaus fast einstimmig.

Darauf wurde Pretorius' Vorschlag angenommen und die zwei Oberkommissariats-Assistenten Hogge und Owen, welche mit Gouverneur Cathcart ausgesandt wurden, hielten eine Versammlung mit den Deputierten der Boeren zu Zand-Rivier in dem Freistaat ab, als deren Folge die Zand-River-Konvention durch die Parteien beiderseits unterzeichnet wurde. In dieser Konvention, wie auch in der späteren mit dem Freistaat wird den transvaalschen Boeren vollste Garantie geleistet gegen Einmischung oder Behinderung von englischer Seite, weder in Bezug auf sie noch auf die Einwohner nördlich vom Groot-Rivier, welchen natürlich beiderseits dem Abkommen gemäss keine Munition geliefert werden durfte. Die brittischen Kommissare berichteten, dass die Anerkennung der Unabhängigkeit der Transvaal-Boeren grosse Vorteile gewähre, da es ihre Freundschaft sichere, ihre Verbindung mit Moshesh ver-

hindern würde und die Untersuchung der Sklaverei und die Auslieferung von Verbrechern ermögliche.

Am 13. Mai 1852 drückt der Gouverneur, Sir Geo. Cathcart, in einer Proklamation seine Genugthuung aus, dass er als eine der ersten Handlungen seiner Regierung die Zand-River-Konvention habe vollziehen können; am 24. Juni 1852 erkannte auch der brittische Staatssekretär der Kolonien die Konvention an.

Die Republik hatte nun eine Konvention, welche, soweit es die Bedingungen betraf, ihr eine ruhige Zukunft zu verheissen schien. Sie wurde anerkannt ausser von England auch von Holland, Frankreich, Deutschland, Belgien und den Vereinigten Staaten von Amerika. Der Staatssekretär der letzteren schrieb aus Washington an Präsident Pretorius am 19. November 1870 „dass seine Regierung von Herzen die Souveränität der Transvaalschen Republik anerkennend, bereit sein würde, jede Maassregel zu ergreifen, die dadurch geboten wäre“.

Doch auf Englands Wort, selbst in einer anerkannten und unterzeichneten Konvention, war nicht zu trauen. Als die Diamanten im Freistaat entdeckt wurden, noch nicht 17 Jahre nach Unterzeichnung der Konvention, erhob England Anspruch auf einen Teil des transvaalschen Gebietes im Zusammenhang mit dem daranstossenden Teil des Freistaates. Man ging zur Arbitrage über. Die Schiedsrichter einigten sich nicht; der zum Obmann erwählte Gouverneur Keate von Natal gab den Ausschlag gegen Transvaal. Man erfuhr damals, dass der brittische Schiedsrichter von dem Kaffern-Häuptling Waterboer 12000 Morgen für ein Butterbrot gekauft hatte und dass der Gouverneur Keate den Waterboer als brittischen Unterthan bereits aufgenommen hatte im Widerspruch mit der Konvention. Sogar Dr. Moffat, durchaus kein Freund der Boeren, protestierte in einem Briefe an die Londoner Times hiergegen, weil der fragliche Grund stets zu Transvaal gehört hätte.

Doch dies war nur einer der Brüche der Konvention. Als die 400000 Gewehre in Kimberley an die Kaffern

verkauft wurden, wovon Cunyngham and Moodie Zeugen waren, protestierte Transvaal lebhaft im Jahre 1872 bei dem Ober-Kommissar der Kapkolonie, doch es musste sich mit einer rücksichtslosen Antwort von Sir Henry Barkly zufrieden geben.

Um Englands Thaten die Krone aufzusetzen, erfolgte die Annektion von Transvaal durch Shepstone am 12. April 1877.

## Die Annektion.

Lord Carnarvon sandte, um seine südafrikanische Konföderationspolitik zu vollenden, Sir Bartle Frere als Gouverneur nach der Kapstadt. Er sandte auch Shepstone nach Transvaal, um das Land zu annektieren, falls er die Zustimmung des Volksrates oder der Mehrheit der Einwohner erlangen könne. Der Volksrat protestierte gegen die Annektion, der Präsident protestierte, von ungefähr 8000 Bürgern protestierten 6800, doch alles war vergeblich.

Bischof Colenso erklärte, dass: „the sly and underhand way in which the Transvaal has been annexed appears to me to be unworthy of the English name.“

Der Freistaat drückte sein innigstes Bedauern aus über die Annektion. Gladstone erkannte selbst an, „dass England in Transvaal derartig handele, dass die freien Unterthanen eines Königreichs die freien Unterthanen einer Republik unterdrückten und zwängen, eine Nationalität anzunehmen, die sie nicht haben wollten“.

Doch alles half nichts.

Sir Garnet Wolsely erklärte dagegen: „as long as the sun shines the Transvaal will remain British territory“ und weiter „dass der Vaal-River eher nach seiner Quelle zurück über die Drachenberge strömen, als dass England Transvaal aufgeben würde“.

Shepstones Hauptgründe für die Annektion waren, dass Transvaal Sekokuni nicht überwinden könne, und ferner, dass die Zulu-Nation drohe, Transvaal zu überwältigen

Was Sekokuni betrifft, so hatte dieser kurz zuvor um Frieden gebeten und ihm wurde ein Tribut von 2000 Stück Vieh von der Republik auferlegt. Was die Zulu-Nation anlangt, so war die angeblich drohende Gefahr niemals von der Republik empfunden. 400 Bürger hatten im Jahre 1838 die Macht der Zulus gebrochen und im Jahre 1840 Panda, den Vater von Cetewayo, gekrönt. Sir Bartle Frere erkannte in einem Briefe an Sir Robert Herbert vom 12. Januar 1879 an, dass es ihm sonderbar vorkomme, dass die Zulus Natal solange zufrieden gelassen hätten, bis er entdeckte, dass die Zulus von den Boeren vollkommen zur Zeit Dingaans besiegt waren. Kurz vor der Annektion hatte eine kleine Patrouille transvaalscher Bürger den Häuptling Umbeline bis in das Herz des Zululandes verfolgt.

Der Bischof Colenso zeigt, welches Wahnbild die Zulu-Not war. Zwischen Transvaal und den Zulus herrschte einige Jahre hindurch ein Streit über einen Streifen Grundes an der Grenze, der durch die Bürger besetzt und seit 1869 bewohnt wurde. Vor der Annektion, als Shepstone noch in Natal war, hatte man die Angelegenheit an ihn verwiesen, und er hatte einen deutlichen Schiedsspruch gegen die Boeren und zu Gunsten der Zulus abgegeben. Es bestand infolge dessen kein Grund für einen Angriff der Zulus auf Transvaal. Doch kaum war Shepstone Statthalter von Transvaal geworden, als er es für englisches Gebiet erklärte, und sofort fand, dass so starke Gründe in dem Streit auf Seiten der Boeren vorhanden seien, dass die Zulus absolut keine Ansprüche auf den fraglichen Grund hätten. Der Gouverneur von Natal, Bulwer, setzte eine Grenzkommission ein, die sich für die Zulus entschied, doch Shepstone stritt heftig gegen diesen Schiedsspruch und Bartle Frere und der Ober-Kommissar folgten ihm blindlings und erreichten damit, dass England den Zulus ein Ultimatum stellte, auf welches der Zulukrieg folgte, welcher dem englischen Namen in Süd-Afrika viel Schaden unter den Eingeborenen zufügte.

Man sieht also, dass Shepstone's zwei Hauptgründe alles Rechtes entbehrten. Es war natürlich für den Staatssekretär schwierig, seine Instruktion „zu annektieren, falls die Mehrheit der Bevölkerung dafür war“, aufrecht zu erhalten gegenüber einer Thatsache, dass 6800 von 8000 Bürgern protestiert hatten. Doch ohne den geringsten Schein von Recht erklärten beide, Shepstone und Carnarvon, dass die Unterschriften zur Protestpetition durch Drohungen erlangt wären. Gerade das Gegenteil hiervon war der Fall. Als die Versammlung zu Pretoria abgehalten wurde, um die Petition zu unterzeichnen, liess Shepstone die Kanonen auf die versammelten Menschen richten und, nicht zufrieden hiermit, erliess er eine warnende und drohende Proklamation gegen das Zeichnen der Petition.

Da diese Gründe also nicht stichhaltig waren, musste man sich berufen auf ein „fait accompli“. Carnarvon hatte gesagt, dass er die Abgeordneten nur irreleiten würde, falls er ihnen irgend welche Hoffnung auf Rückgabe mache. Gladstone wiederholte dies, indem er sagte, dass er der Königin nicht anraten könne, ihre Souveränität über Transvaal zurückzuziehen.

Als man darauf hinwies, welche grobe Schändung der Zand-River-Konvention die Annektion sei, sagte Sir Bartle Frere im Jahre 1879: „dass man eben so gut bis auf die Schöpfung zurückgehen könne als wie zur Zand-River-Konvention“. Man darf auch nicht vergessen, dass der Grund, welcher durch Keate's Schiedsspruch im Jahre 1870 als ausserhalb der Republik liegend erklärt war, nun durch Shepstone Transvaal einverleibt wurde. Da waren auch andere Dinge, die für Transvaal unter der republikanischen Regierung Unrecht waren, doch welche nun unter englischer Regierung Recht waren. In Sekokunis Krieg unter der Republik hatte der brittische Oberkommissar protestiert gegen das Gebrauchen von Swazies und Freiwilligen seitens der Republik. Im Kampf gegen Sekokuni unter der brittischen Regierung setzte man diesen Krieg fort, zuerst mit Truppen, doch als diese geschlagen wurden,

mit Swazies und Freiwilligen. Wieviel Swazies dabei waren, geht aus der Thatsache hervor, dass 500 Swazies im Kampfe getötet wurden. Die Grausamkeiten, welche die Swazie-Hülfsstruppen der Engländer bei dieser Gelegenheit verübten, waren schrecklich.

Colenso, welcher Gelegenheit hatte, ein Urteil zu fällen, sagt von den Folgen der Annektion für die Republik: „Die Schwierigkeit betreffs des Zululandes, sowie betreffs Sekokuni's ist die direkte Folge dieser unglücklichen Annektion Transvaals, welches uns entgegengekommen wäre, falls wir nicht wie eine Horde Freibeuter Besitz von dem Land ergriffen hätten, teilweise durch „trickery“, teilweise durch „bullying“; und an einer andern Stelle: „und so annektierten wir Transvaal und diese That brachte als seine Nemesis die Zulunot mit sich.“ Dass die brittische Regierung stets im Auge behielt, die Zulus in ihrer Hand zu behalten und Transvaal mit Hülfe derselben bei geeigneter Gelegenheit zu vernichten, geht aus einem Briefe von Sir Bartle Frere, dem derzeitigen Oberkommissar, an General Ponsonby hervor, worin er sagt: „Es ist eine Thatsache, dass, als die Boerenrepublik ein Nebenbuhler und eine halbfeindliche Macht war, es eine Schwäche gewesen ist, in Natal die Zulus zufrieden zu stellen, wie man es mit einem zahmen Wolf thut, der nur die Schafe der Nachbarn verschlingt. Wir sagten zwar stets: „thut es nicht“, doch nun, da uns beide Heerden gehören, fühlen wir uns etwas verlegen, wenn wir ihn abwehren müssen“.

Und wieder in einem anderen Briefe an Sir Robert Herbert: „die Engländer waren stets geneigt, den Zulus gegen die Boeren zu helfen. Ich erschrak, als ich bemerkte, wie nahe am Wind die Vorgänger der gegenwärtigen Natal-Regierung gesegelt haben in der Unterstützung der Zulus gegen die Boeren. John Dunn erklärt, dass er die Zulus mit „Gewehren versehen hat mit Vorwissen der Regierung (also auch von dieser Seite ein Bruch der Zand-River-Konvention) und es ist unzweifelhaft, dass in Natal die Sympathie stark auf Seite

der Zulus gegen die Boeren war und, was ärger, noch jetzt ist.“

Unter solchen Umständen fand die Annektion statt. Die Engländer scheuten sich wiederum nicht, von der Hülfe der Kaffern Gebrauch zu machen gegen die Boeren, wie bei Boomplaats. Auf alle mögliche Weise versuchten wir es, dem brittischen Volk klar zu machen, dass hier ein grosses Unrecht verübt werde, doch selbst der Ober-Kommissar wünschte, während er die Worte aus unseren blutenden Herzen dringen hörte, dass er Artillerie mitgebracht hätte, um uns auseinander zu treiben, und beschimpfte und verleumdete uns ohne Ende. Wir hatten hoffnungsvoll gesagt, dass das Volk glaubte, dass, falls die Königin von England und das englische Volk wüssten, wie in Transvaal ein Volk unterdrückt werde, sie dieses nicht dulden würden.

## Der Freiheitskrieg.

---

Jetzt aber mussten wir gestehen, dass wir nicht mehr mit England sprechen konnten, da niemand da war, der uns hörte. Mit Vertrauen auf den allmächtigen Gott des Rechtes und der Gerechtigkeit rüsteten wir uns zu einem scheinbar hoffnungslosen Kampf in der Ueberzeugung, dass, sei es dass wir siegten oder unterlagen, die Sonne der Freiheit in Süd-Afrika emporsteigen würde aus den Morgenwolken. Durch Gottes Allmacht siegten wir und unsere Freiheit schien wieder für einige Zeit gesichert.

Bei Bronkhorstspruit, Laingsnek, Ingogo und Amajuba gab Gott uns den Sieg, wiewohl in jeder dieser Schlachten die brittischen Truppen grösser an Zahl und besser bewaffnet als wir waren. Nachdem diese Siege unseren Argumenten neue Kraft gegeben hatten, beschloss die brittische Regierung unter Leitung Gladstone's die Annektion aufzuheben und unsere Rechte wieder herzustellen.

---

### Konventionen von 1881 und 1884.

Man sollte denken, dass die einfachste Weise, dies zu thun, die gewesen wäre, dass die brittische Regierung sich in der Folge an die Bestimmungen der Zand-River-Konvention hielt. Da die Annektion an und für sich verkehrt war und nicht allein, weil ihr die Boerensiege folgten, musste sie mit all ihren Folgen aus der Welt geschafft werden und eine restitutio in integrum dieser Republik musste stattfinden, d. h. die Boeren mussten dieselbe Stellung erlangen, in welcher sie sich vor der Annektion befunden hatten. Aber was geschah! Mit einer Grossmuth, welche die englische Presse und englische Redner niemals müde werden, uns vor Augen zu halten, gab sie uns unser Land zurück, aber die Verletzung der Zand-River-Konvention wurde nicht beseitigt.

An Stelle souveräner Freiheit erhielten wir freie innere Regierung unter Vorbehalt der suzeränen Macht über die Republik für Ihre Majestät. Dies geschah in der Konvention von Pretoria 1881, deren Einleitung Selbstregierung an den „Transvaalstaat“ gab mit ausdrücklichem Vorbehalt der Suzeränität, und deren Artikel ein modus vivendi zwischen der Selbstregierung und der Suzeränität zu bewerkstelligen trachten.

Unter dieser zweifachen Regierung wurde die Republik drei Jahre lang unter zwei heterogenen Formen regiert: der der volksvertretenden Selbstregierung und der des

brittischen Residenten; dieses System musste natürlich als undurchführbar erscheinen, auch scheint es nicht die Absicht gewesen zu sein, dass die Regelung von 1881 eine endgültige wäre. Vor allem war die Suzeränität ein Übel, welches mit der Wirklichkeit nicht in Uebereinstimmung zu bringen war. Mit Bewilligung der brittischen Regierung begab sich darum im Jahre 1883 eine Deputation nach London, um zu erreichen, dass der Status der Republik verändert würde. Sie machte den Vorschlag, zur Zand-River-Konvention zurückzukehren und das würde auch die einzig aufrichtige und staatsmännische Regelung gewesen sein. Das Ministerium weigerte sich laut Aussage eines Zeugen von brittischer Seite, des Geistlichen D. P. Faure, aus Furcht vor dem brittischen Parlament, dies zu bewilligen und machte einen Gegenvorschlag (Siehe Beilage A), der zum Schluss von der Deputation angenommen wurde und dessen Bestimmungen uns heute von grösserer Wichtigkeit sind. Das Konzept bestand aus der Pretoria-Konvention mit Veränderungen, welche zum Zweck hatten, sie für die Deputation annehmbar zu machen.

Die Einleitung, welche Selbstregierung unter Vorbehalt der Suzeränität bewilligte, wurde durch Lord Derby, damaligen Staatssekretär der Kolonien, gänzlich gestrichen und dadurch verfiel natürlich auch die Suzeränität bei eventueller Annahme des Konzeptes. Um es fühlbarer zu machen, dass der Status der Republik auf eine andere Basis gestellt war, wurde der Name „Transvaalstaat“ verändert in „Süd-Afrikanische Republik“; alle Artikel in der Pretoria-Konvention, welche der brittischen Regierung irgendwelche Befugnis in den inneren Angelegenheiten dieser Republik gaben, wurden gestrichen.

Betreffs der ausländischen Angelegenheiten wurde auch eine eingreifende Veränderung gemacht. Die Konvention von Pretoria setzte im Artikel 2 fest, dass „Ihre Majestät für sich u. s. w. vorbehielt die Ueberwachung der ausländischen Beziehungen des genannten Staates einschliesslich des Eingehens von Traktaten und der

Regelung von diplomatischen Verhandlungen mit fremden Mächten, sodass solche Unterhandlungen durch Vermittlung der diplomatischen und Konsularbeamten Ihrer Majestät geführt werden müssten.“

Dieser Artikel wurde ersetzt durch Art. 4 der Konvention von London, welcher folgendermassen lautet:

„Die Süd-Afrikanische Republik wird keinen Vertrag und kein Bündnis eingehen mit irgend einem Staat oder einer Nation, ausgenommen dem Oranje-Freistaat, noch mit irgend einem Stamme der Eingeborenen im Osten oder Westen der Republik, falls solches nicht genehmigt ist von Ihrer Majestät der Königin. Diese Genehmigung soll als erteilt erachtet werden, falls Ihrer Majestät Regierung nicht innerhalb 6 Monaten nach Empfang einer Abschrift eines derartigen Vertrages (welcher ihr behändigt werden muss sogleich nach der Vollziehung desselben) zu erkennen gegeben haben wird, dass das Eingehen eines derartigen Vertrages im Widerspruch ist mit den Interessen von Gross-Britannien oder einer der Besitzungen Ihrer Majestät in Süd-Afrika.“ Also wurde das Recht der britischen Regierung, alle unsere ausländischen Beziehungen zu beaufsichtigen und alle unsere diplomatischen Unterhandlungen durch seine eigenen Vertreter zu regeln, ersetzt durch das viel beschränktere Recht, unsere Traktate und Konventionen, nachdem sie vollzogen waren, zu bestätigen oder zu verwerfen und auch dann nur, falls sie gegen das Interesse von Gross-Britannien oder Ihrer Majestät Besitzungen in Süd-Afrika verstossen.

Es war dieser Art. 4 welcher den Schein, aber auch nur den Schein von Wahrheit Lord Derby's Erklärung in dem House of Lords gab, dass „wiewohl er die Suzeränität hätte fallen lassen, der Inhalt doch derselbe geblieben wäre“; richtiger wäre es gewesen, zu sagen, dass durch den Wegfall der Suzeränität die Süd-Afrikanische Republik nicht länger den Namen eines halb-souveränen Staates verdiente, dass sie ein freier, unabhängiger souveräner internationaler Staat geworden, dessen

Souveränität allein der in Art. 4 der Konvention genannten Einschränkung unterworfen war.

Souveränität braucht nicht notwendigerweise absolut zu sein. Belgien ist ein souveräner internationaler Staat, obwohl es gebunden ist an einen Zustand permanenter Neutralität.

Unter diese Kategorie von Staaten, deren Souveränität in einer oder der anderen bestimmten Richtung eingeschränkt, jedoch nichtsdestoweniger unbestreitbar ist, fällt auch die Süd-Afrikanische Republik.

## Kapitalistischer Jingoismus.

### 1. Periode.

#### Die Goldfelder.

Im Jahre 1886 wurden in verschiedenen Teilen der Süd-Afrikanischen Republik Goldminen in grosser Menge entdeckt und mit dieser Entdeckung trat unser Volk in einen neuen Abschnitt seiner Geschichte. Von einem Zustand grosser Armut sollte die Süd-Afrikanische Republik innerhalb weniger Jahre ein reicher und glücklicher Staat werden. Innerhalb weniger Jahre nahm die Süd-Afrikanische Republik einen ersten Platz in der Reihe der goldproduzierenden Länder der Welt ein. Das kahle Feld von ehemals wurde bedeckt mit grossen Städten, bevölkert von einer Klasse von Spekulanten und Industrierittern, zusammengeströmt aus allen Ecken der Erde. Die Boeren, bisher Hirten und Jäger, waren nun berufen, eine Aufgabe auf sich zu nehmen, die eine der mühsamsten der Welt war, nämlich die Ausübung der Administration und die Leitung der grossen Goldgräberbevölkerung, welche unter den aussergewöhnlichsten Umständen zwischen sie getreten war.

Und wie haben sie sich dieser Aufgabe erledigt! Olive Schreiner sagt hierüber in ihrer vor kurzem erschienenen brillanten Broschüre. „Wir stellen die Frage an alle Edelgesinnten, es seien Staatsleute oder Denker, ob die kleine Republik unsere Sympathie nicht verdient, die Sympathie, welche Menschen mit gesundem Verstand

allen denen schenken, welche neue und verwickelte Fragen lösen müssen, wo frühere Erfahrung der Menschheit keinen Weg gefunden hat. Es ist bisweilen gesagt worden, dass, wenn man von dem Gipfel des Hügels herabblickt auf das grosse Minenfeld von Johannesburg zu seinen Füßen mit seinen berghohen Haufen von weissem Sande und Abfall, seinen rauchenden Minenschornsteinen, mit seinen 70000 Kaffern und 80000 weissen Männern und Frauen aller Nationalitäten, die hier sich versammelt haben in dem Zeitraum von einigen Jahren und auf demselben Platz, wo vor 15 Jahren der Boerenohn seine Schafe zum Wasser führte und die Boerenfrau des Abends allein vor der Hausthür sass, um nach dem Untergang der Sonne zu blicken, dass wir dann niedersehen auf das wunderbarste Schauspiel der Erde. Und wunderbar ist es; doch dann steigt uns immer der Gedanke auf an etwas, was noch wunderbarer ist: die wunderbare Weise nämlich, auf welche eine kleine Nation einfacher Menschen, die im Frieden in einem Land lebten, an dem sie hingen, weit entfernt von dem Gewühl der Städte und der Unterhaltung mit Menschen, den Mühsalen ihrer Lebenslage die Stirn geboten haben; wie sie ohne Unterricht in der Staatskunde oder den daraus folgenden Regeln der Politik aufgestanden sind, um diesen grossen Mühsalen in das Angesicht zu schauen und ernsthaft getrachtet haben, ihnen mit klarem Verstand entgegenzutreten, und wie sie in der Hauptsache das Ziel erreicht haben.

„Ein wunderbarer Instinkt für Staatskunde und die Organisation und Einrichtung neuer gesellschaftlicher Lebensbedingungen, welcher als eine Naturgabe ererbt zu sein scheint von all den Menschen, die emporwachsen in den kleinen Deltas im Nordwesten des Festlandes von Europa, von wo sowohl die Engländer als auch die Holländer ausgegangen sind, kann dies nur möglich gemacht haben. Wir sagen nicht, dass die transvaalsche Republik einen Solon oder einen Lykurgus hervorgebracht habe, doch sie hat heutzutage unter den Menschen, die ihr Los regieren, tapfere und ernste Männer, die

männlich und mit tiefem Ernst danach trachten, die grossen Fragen, die ihnen vorliegen, zu behandeln im Geist der Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Und wir wiederholen es nochmals, dass die starke Sympathie aller ernstesten und nachdenkenden Menschen, nicht nur in Afrika, sondern auch in England ihnen gehören muss.“

Vergleicht man die Verwaltung des Witwatersrand mit der der Minen-Distrikte anderer Länder, so ist sie sicherlich die beste der Welt. Dies ist das beinahe einstimmige Zeugnis der Personen, die einen langjährigen Aufenthalt auf den Goldfeldern von Californien, Australien und Klondyke durchgemacht haben.

Was Süd-Afrika betrifft, so ist es nur nötig, auf die Diamantfelder von Griqualand-West hinzuweisen, die vom brittischen Gouvernement verwaltet wurden und wo ein fortwährendes Schauspiel von Aufstand, Aufruhr, unbeschreiblicher Unsicherheit und Gefahr für Leben und Eigentum stattfand. Ich füge hier eine Anlage B. bei, aus welcher laut Zeugnissen von Augenzeugen hervorgehen wird, welch ein Chaos auf den Diamantfeldern unter brittischer Regierung herrschte, ein Zustand, der von den witwatersrandschen Goldfeldern verschieden war wie die Nacht vom Tage.

#### **Der Kapitalismus.**

Ich werde später auf den administrativen Zustand der Goldfelder der Süd-Afrikanischen Republik zurückkommen und möchte einen Augenblick still stehen bei den Kräften, die sich auf den Diamantfeldern der Kapkolonie gebildet und einen neuen Faktor von erstaunlichem Interesse in der süd-afrikanischen Situation zustande gebracht haben. Bisher haben wir nur die Wirkung der brittischen Politik gesehen, bisweilen mehr bisweilen weniger jingoistisch und annektionslustig, aber stets vom Staatsinteresse diktirt. Der Faktor, welcher von nun an eine sehr wichtige Rolle in der Geschichte von Süd-Afrika spielen soll, ist kurz der Kapitalismus.

Die natürliche Ungleichheit der Menschen findet ihren Ausdruck in den vielen Arten des Einflusses, welchen der eine Mensch auf den andern besitzen und ausüben kann. Dieser Einfluss kann religiöser, sittlicher, politischer oder rein materieller Art sein. Diese materielle Art des Einflusses nimmt meist die Gestalt des Geldes an, der „Geldnexus“, wie ein englischer Schriftsteller es ausgedrückt hat. Eine aussergewöhnliche Ansammlung dieser Art von Einfluss führt zum sogenannten Kapitalismus, ebenso wie eine aussergewöhnliche Ansammlung von politischem Einfluss zur Tyrannei und eine aussergewöhnliche Ansammlung von religiösem Einfluss zum hierarchischem Despotismus führt. Dieser Kapitalismus droht in den letzten Zeiten ebenso gefährlich für die Menschheit zu werden, wie die politische Tyrannei des alten Morgenlandes und die religiöse Tyrannei des Mittelalters für ihre respektiven Zeiten gewesen sind.

In einer Welt voll reicher Minen aller Arten wie in Süd - Afrika ist es selbstverständlich, dass der Kapitalismus eine grosse natürliche Rolle zu spielen hat. Unglücklicherweise hat er in Süd-Afrika von Anfang an getrachtet, seine natürlichen Grenzen weit zu überschreiten, um politischen Einfluss zu erwerben und dadurch alle andern Formen von Macht und Einfluss sich seinen Zwecken dienstbar zu machen. Inwieweit es ihm gelungen ist, beweist die Thatsache, dass Süd-Afrika heute am Rande eines grossen Abgrundes steht und darin untergegangen sein kann, bevor die Tinte, mit der ich schreibe, trocken ist.

Der Geist des süd-afrikanischen Kapitalismus fand seine Verkörperung in dem Herrn

**C. J. Rhodes,**

der es so weit zu bringen wusste, dass die konkurrierenden Interessen auf den Diamantfeldern zu einer grossen Korporation amalgamiert wurden, an deren Spitze er selbst stand. Trotzdem er wahrscheinlich keine aussergewöhnliche Begabung für die Politik hatte, so wurde er doch unwiderstehlich zu ihr hingezogen und hatte durch seinen

pekuniären Einfluss, verbunden mit der in verdoppeltem Masse bei ihm vorhandenen Gewissensdehnbarkeit seiner Klasse, es später so weit gebracht, dass er der erste Minister der Kapkolonie und unterstützt wurde durch die Afrikaner Partei in ihrer ganzen Kraft und Solidarität. Die Afrikaner der Kapkolonie glaubten an ihn, weil sie wirklich durchdrungen waren von der grossen Notwendigkeit der Zusammenarbeit und der Verschmelzung der weissen Rassen in Süd-Afrika, und grade er als loyaler Engländer und im Besitz des vollen Vertrauens des kolonialen Afrikanertums schien ihnen die richtige Person, um ihr Ideal zu verwirklichen.

Ein tiefdenkender Zuschauer dieser Verbrüderung des Afrikanertums und des Kapitalismus könnte vorhergesagt haben, dass ein Bruch früher oder später kommen musste, denn die Afrikaner-Politik beruht doch auf einem tief eingewurzelten und echt nationalen Gefühl einer warmen politischen Ueberzeugung, welche sich niemals pekuniären Interessen unterwerfen konnte.

Auf der andern Seite war der sogenannte Jingoismus eine Form von Parteipolitik ohne irgend welche solide Ueberzeugung oder wirklichen Glauben, die sich beschäftigt mit dem Gebrauch grosser Worte und dem Spielen mit schön klingenden Ideen und Absichten. Eine Politik, die fortdauernd gestimmt war auf die Saiten des Eigeninteresses, der unrechtmässigen Zueignung fremden Gutes und der Lust zur Prahlerei, eine Politik, die schliesslich in direktem Widerstreit liegt mit dem wahren Geist der Gottesfurcht, mit dem sittlichen Gefühl der Menschheit, mit dem Gefühl der Demut und Mässigung, welche die natürliche Grundlage aller Sittlichkeit ausmachen.

Hier also war die Möglichkeit gegeben für ein dauerndes Allianz-Bündnis zwischen dem Kapitalismus auf der einen Seite, mit seinem grossen materiellen Einfluss aber ohne irgend welche erhabenen Ideen und Bestrebungen und dem Jingoismus — arm, leer, ziellos, aber mit einem reichen Vorrat hochtrabender Ideen und Bestrebungen und selbst-

süchtiger Neigung auf der andern Seite. Das eine war gerade geeignet, das andere anzufüllen und dadurch eine natürliche Verbindung zu bilden, welche jetzt eine Bedrohung für die grössten und bleibenden Interessen der Menschheit über die ganze Welt hin geworden ist.

Herr Rhodes mit der verräterischen Doppelzüngigkeit, welche das dauernde Kennzeichen der brittischen Politik in Süd-Afrika ist, wirkte öffentlich im engsten Bündnis mit den kolonialen Afrikanern, während er im Geheimen mit dem Jingoismus ein Komplott gegen die Afrikaner und die afrikanischen Republiken schmiedete. In der Kapkolonie hatte er die Afrikaner und seine Herrschaft und er musste nun danach trachten, denselben Einfluss — nicht so sehr für sich persönlich als vielmehr für den Kapitalismus, mit welchem seine Interessen identifiziert waren — in der Süd-Afrikanischen Republik mit ihren reichen Goldminen zu gewinnen. Gelang ihm dies, dann hatte er seinen persönlichen Zweck erreicht, und dann war das Kapital absoluter Herrscher in Süd-Afrika.

Im Hinblick auf dieses Ziel begannen er und andere Kapitalisten im Jahre 1892 eine politische Agitation in Johannesburg, wo viel getrunken wird, wo wegen der hohen Lage und dem Arbeitsgetriebe die Gemüter stets in aufgeregtem Zustand sind, und wo gerade diese bis zu einem gewissen Masse vorhandenen Schwierigkeiten eingebildeten Schwierigkeiten leicht einen Schein von Wahrheit geben. Dadurch war es möglich, durch Gebrauch von Geld eine politische Gärung in so kurzer Zeit zustande zu bringen.

So war der Anfang der nationalen Einheitsbewegung, welche im Jahre 1892 in Johannesburg begann und deren Anhänger beinahe ausschliesslich aus Kreaturen der Kapitalisten bestanden und einer kleinen Anzahl ehrlicher Dummköpfe und Enthusiasten, die natürlich nicht tief genug denken, um den Zweck und die Ausdehnung einer derartigen heuchlerischen Bewegung zu ergründen. Die Kapitalisten hielten sich natürlich ganz im Hintergrunde, so dass die Bewegung den Schein erwecken konnte,

populär zu sein. Die Kapitalisten von Johannesburg besaßen jedoch zuviel theatralische Eitelkeit und das Verlangen, sich einen Namen zu machen, war zu gross, um stets unterdrückt zu werden. So kommt es, dass im Laufe von ein paar Jahren sie ihren angewiesenen Platz an der Opera bouffe-Agitation einnahmen.

Sie fingen damit an, dass sie mit den niedrigsten und schmutzigsten Mitteln die Boerenpolitik untergruben, um auf diese Weise die Minengesetzgebung und Administration in ihre Hände zu bekommen. Sie hatten sich selbst und der Welt weis gemacht, dass die Boeren ein vererbtes und käufliches Volk wären und griffen darum sogleich nach den Geldwaffen, um sie zu bemeistern.

So schrieb Lionel Phillips am 16. Juni 1894 an seinen Sozius Alfr. Beit in London:

„Ich darf hier sagen, dass, wie Sie natürlich wissen, ich kein Verlangen trage nach politischen Rechten und ich glaube, dass die Bevölkerung im Ganzen genommen in dieser Hinsicht nicht ehrgeizig ist.

„Die Frage bezüglich der Bewaarplatzen wird, wie ich vermute, zu unseren Gunsten entschieden werden, aber auf Kosten von ungefähr 25000 Pfund Sterling . . . . .

„Man plant, eine ansehnliche Summe Geldes anzuwenden, um einen besseren Volksrad zu bekommen, aber ich muss dagegen bemerken, dass das Verwenden von Geld bei Wahlen durch das letzte Gesetz als Verbrechen bezeichnet ist und dass deshalb die Angelegenheit vorsichtig behandelt werden muss.“

Und wieder am 15. Juli 1894 schrieb er demselben Korrespondenten:

„Unsere Trumpfkarte ist ein Fonds von 10000 bis 15000 Pfund Sterling, um den Raad zu verbessern. Ich muss einen Plan ersinnen. Unglücklicherweise haben die Gesellschaften keinen Fonds für geheime Dienste. Wir wollen nicht aus der eigenen Tasche bezahlen.“

Hier thun wir einen Blick hinter die Koulissen und sehen, wie die Kapitalisten im Jahre 1894 bereits bestrebt waren, unser öffentliches Leben zu erniedrigen und zu

vernichten mit Mitteln, die sich sogar nicht einmal an die Gesetze des Landes, geschweige denn an die der elementaren Sittlichkeit kehren.

Und ist es ihnen gelungen? Ist das Volk und der Volksrad so käuflich, wie sie dachten und wie sie der Welt noch stets vormachen wollen? Ihre Niederlage ist die beste und deutlichste Antwort hierauf. Als Bestechung im grossen Massstabe nicht imstande war, den Kapitalismus über die Gesellschaft triumphieren zu lassen, blieb die andere Trumpfkarte des politischen Jingoismus noch übrig. Der Oberkommissar wurde sondiert durch Herrn Phillips, und was war die Antwort von Sir Henry Loch, dem Vertreter Ihrer Majestät in Süd-Afrika? Aus demselben geheimen Briefbuch finden wir d. d. 1. Juli den folgenden Brief an Wernher, ein anderes Mitglied der Riesenfirma Wernher, Beit & Co.

„Sir Henry Loch (mit welchem ich zwei lange Gespräche allein hatte) hat mir einige sehr positive Fragen gestellt, so z. B. wie viel Gewehre wir in Johannesburg hätten, ob die Bevölkerung sich für sechs Tage verteidigen könne, bis Hilfe käme u. s. w. und sagte ausdrücklich, dass, falls 3000 Gewehre und Munition hier wären, er sicher hierher gekommen wäre.“ Und so weiter in demselben Stil.

Sir Henry Loch hat die Wahrheit dieser Behauptung bestätigt dadurch, dass er zwei Jahre später offenkundig auf seine Pläne, einen Einfall in die Süd-Afrikanische Republik zu machen, im „House of Lords“ pochte.

Dies alles geschah, während er der Gast unserer Regierung und beschäftigt war mit freundschaftlichen Unterhandlungen über die Interessen britischer Unterthanen. Bis zu welchem niedrigem Standpunkt war doch die britische Politik in Süd-Afrika damals bereits gesunken. Innerhalb zweier Jahre jedoch sollte sich ein noch tieferer Abgrund eröffnen.

Das geheime Komplott der Kapitalisten und Jingos, die Süd-Afrikanische Republik zu überrumpeln, begann nun stark zu wachsen, denn gerade in diesem ernstesten

Zeitabschnitt wurde Herr Chamberlain Staatssekretär für die Kolonien. In der geheimen Korrespondenz der Verschwörer wurde fortwährend Bezug genommen auf das koloniale Amt in Downingstreet und zwar auf eine Weise, die — zusammengefasst mit spätern Enthüllungen und späterer Unterdrückung der Wahrheit — bei dem Publikum der ganzen Welt den Eindruck hinterlassen hat, dass das Kolonialamt zustimmte, wenn nicht gar beteiligt war an dem schnöden Angriff auf die Süd-Afrikanische Republik.

Es ist unnötig, den Jamesoneinfall in seinen Einzelheiten auseinanderzusetzen. Die Welt hat noch nicht vergessen, wie der Administrator eines brittischen Gebietes zur Ausführung eines Komplotts, an dessen Spitze der erste Minister der Kapkolonie stand, mit einer bewaffneten Macht in die Süd-Afrikanische Republik einfiel, um der kapitalistischen Revolution von Johannesburg zu helfen und die Boerenregierung umzustossen; wie dieser Einfall und diese Revolution durch die Wachsamkeit der Boeren vereitelt, wie Jameson und seine Räuberbande an England zur gerichtlichen Verfolgung ausgeliefert wurden, wiewohl die Boeren die Macht und das Recht hatten, sie als Räuber zu erschiessen; wie die ganze Gesellschaft der Johannesburger Kapitalisten schuldig befunden wurde des Hochverrats und Aufruhrs; wie, anstatt all ihr Eigentum gesetzmässig zu konfiszieren und auf diese Weise für immer den Kapitalisten in Süd-Afrika das Genick zu brechen, die Regierung sie begnadigte (eine Grossmut, welche sie drei Jahre später durch eine noch gefährlichere Agitation gegen die Republik zu belohnen wussten); wie auf Veranlassung der Afrikanerpartei in der Kapkolonie eine Untersuchung über die Ursachen des Konfliktes abgehalten wurde; wie diese Untersuchung ausartete in einen niederträchtigen Ausfall auf die Regierung der tiefbeleidigten Süd-Afrikanischen Republik und wie zum Schluss, als die Boeren endlich durchdrangen und das Komplott bis zu seiner Hauptquelle im brittischen Kabinett aufgespürt wurde, die Kommission plötzlich beschloss, die kompromittierenden Dokumente nicht zu veröffentlichen!

Hier sehen wir, bis zu welcher Tiefe die grossen Traditionen des britischen Konstitutionalismus gesunken waren unter dem Einfluss des stets wachsenden und alles andere verschlingenden Geldgeistes und in den Händen eines Grosshändlers, der — gleich wie Cleon im Altertum — sich zum Staatsmann aufwarf.

Verrat und Gewalt hatten ihr Ziel nicht erreichen können und daher sollten, wie Herr Rhodes öffentlich vor der oben erwähnten Untersuchungs-Kommission prahlte, „konstitutionelle Mittel“ angewendet werden, um den kapitalistischen Jingoismus zum Herrn der Situation in Süd-Afrika zu machen.

## Kapitalistischer Jingoismus.

### 2. Periode.

Der vorstehende Bericht hat gezeigt, wie tief unser Volk das Unrecht gefühlt und empfunden hat. Es war deshalb zu erwarten, dass ein solcher verräterischer Angriff auf die Republik, ausgehend von ihren eigenen Führern, die kolonialen Afrikaner bis in die entlegensten Gebiete aufrütteln und neue Kräfte auf die politische Arena bringen würde. Um zu zeigen, welcher Art das Gefühl war, welches durch diesen Einfall erweckt wurde, möchte ich hier ein paar Sätze zitieren aus einem Artikel, welcher einige Monate nach demselben im Organ der kolonialen Afrikaner-Partei „Ons Land“ erschien, ein Artikel, der unzweifelhaft das Gefühl der Afrikaner wiedergab.

„Hat die Vorsehung nicht die schmerzlichen Ereignisse in Süd-Afrika seit dem Beginn dieses Jahres zu einem höheren Zweck beherrscht und geregelt? Wer kann dies bezweifeln?

„Der Dolchstich, mit welchem man das Afrikanertum vor allem in den Republiken lähmen wollte, hat einen elektrischen Schlag in das nationale Herz gesandt. Das Afrikanertum ist erwacht mit einem Ernst und Selbstbewusstsein, wie wir es seit dem ruhmreichen Freiheitskriege von 1881 nicht verspürt haben. Vom Limpopo bis zur Kapstadt hat das zweite Majuba ein neues Erwachen unseres Volkes, eine neue Bewegung erweckt. Ganz Afrika hat ein neues Gefühl durchzuckt. Der flauere

und feige Imperialismus, der bereits angefangen hatte, unser Volksblut zu verdünnen und zu schwächen, weicht allmählich der frischen Luft, die unser Volk durchweht. Viele, die des langsamen Fortschreitens der nationalen Idee müde sich dem Imperialismus übergeben hatten, sind zur Einkehr gekommen und haben sich gefragt, was der Imperialismus in Süd-Afrika zu Stande gebracht habe! Verbitterung und Rassenhass fürwahr! Seit den Tagen von Sir Henry Smith, Theophile Shepstone und Bartle Frere bis zu denen von Leander Jameson und Cecil Rhodes geht der Imperialismus in Süd-Afrika gepaart mit einer Politik von Blut und Betrug. Was auch die guten Früchte des Imperialismus an anderen Orten sein mögen, in unserem Land ist die fortwährende Folge davon in all diesen Jahren keine andere gewesen, als unser Volksleben und unseren Volkscharakter in fremde Formen zu zwingen und diesen Zwang mit Blut und Thränen zu besiegeln. . . Wahrlich, das Afrikanertum in ganz Süd-Afrika befindet sich jetzt im kritischen Augenblick seiner Existenz. Jetzt oder niemals! Jetzt oder niemals muss das Fundament eines alles umfassenden Nationalismus gelegt werden. Das Eisen ist glühend und die Stunde des Schmiedens ist gekommen. . .

---

„Die Scheidemauer ist verschwunden, lasst uns nun standhaft zu einander stehen! Die Gefahr ist noch nicht verschwunden, im Gegenteil! Niemals hat das Afrikanertum eine Politik von kolonialer und republikanischer Vereinigung mehr nötig gehabt, und nun das „psychologische Fluidum“ gekommen, nun unser Volk über ganz Süd-Afrika hin erwacht, nun eine neue Glut in unseren Herzen entflammt ist, lasst uns den Eckstein eines wirklich vereinigten Süd-Afrika legen auf dem Boden eines reinen und allumfassenden nationalen Gefühls.“

---

Diese Sprache liess die Jingos erschrecken, nicht weil sie disloyal war, denn dies war sie natürlich nicht, sondern weil sie bewies, dass der Jameson-Einfall die

Afrikaner erweckt hatte, und dass durch diese Niederlage der Jingos der sichere Weg geöffnet war zu noch grösseren Niederlagen in der Zukunft. Immerhin würde eine Annektionspolitik gegenüber den Republiken zuletzt auch mit den kolonialen Afrikanern zu rechnen haben. Vor einiger Zeit hegten die Jingos die Hoffnung, dass sie unter einem veränderten Redistributionsgesetz die Mehrheit im Parlament der Kapkolonie erlangen würden. Die allgemeinen Wahlen von 1898 brachen an, mit dem Erfolg, dass die Afrikaner-Partei eine kleine Mehrheit erlangte und später unter einem ihnen von der Jingopartei aufgedrängten Redistributionsgesetz wurde die parlamentarische Majorität noch vergrössert.

Anstatt zu erkennen, dass dieser Sieg der Afrikaner eine natürliche Folge des Jameson-Einfalles war, fingen die Jingos an, nicht allein in Süd-Afrika, sondern auch in England zu schreiben, dass das Ansehen und Prestige von England in Süd-Afrika bedroht würde, dass, falls nicht baldigst eine kräftige Intervention stattfände, Süd-Afrika für England verloren sein würde und dass dieses Bedrohen von englischem Ansehen aus der afrikanischen Propaganda entsprossen sei, welche die Süd-Afrikanische Republik ins Werk gesetzt hätte. Solange die Süd-Afrikanische Republik das Haupt vor der britischen Autorität nicht beugen wolle, sondern mit nationalem Stolz ihr junges Haupt erhebe, würden die andern Teile von Süd-Afrika geneigt sein, dem Vorbild zu folgen und es bestände deshalb für die britische Oberherrschaft in diesem Erdteile keine Sicherheit. Die Süd-Afrikanische Republik musste gedemütigt, in den Staub gebeugt werden. Damit würden dann gleichsam von selbst die Afrikaner in einem andern Gebiete Süd-Afrikas ihre Hoffnung auf ein grösseres republikanisches Süd-Afrika fahren lassen.

Aber wie war diese Demütigung zu bewerkstelligen, und wie würde solches geschehen können durch die „konstitutionellen Mittel“, welche durch das Missglücken des Komplotts notwendig geworden waren? Der neue

Gouverneur der Kapkolonie und Oberkommissar für Süd-Afrika, der eine so ruhmreiche akademische Karriere zurückgelegt, der Demut und Mässigung gelernt hatte zu Füßen des Herrn Stead, und der in Aegypten die Erfahrung gemacht hatte, wie die Nachkommen der Hugenotten und „Watergeuzen“ zu regieren waren, wurde beauftragt „konstitutionelle Mittel“ zu erdenken, um die Süd-Afrikanische Republik zu demütigen und in den Staub zu beugen. Hierzu diente die brennende Suzeränitätsfrage, zu welcher die Süd-Afrikanische Republik selbst Anlass gegeben hatte und zwar auf folgende Weise:

Nach dem Jameson-Einfall und um einige Ursachen desselben aus dem Weg zu räumen, hatte der Volksrad der Süd-Afrikanischen Republik einige Gesetze beantragt, z. B. ein Gesetz, nach welchem gefährliche Personen durch die Regierung ausgewiesen werden konnten; ein Gesetz, nach welchem Personen, die ohne Existenzmittel waren, oder an ansteckender Krankheit litten, verboten werden konnte, in die Republik einzuwandern, — von welchen Gesetzen die britische Regierung erklärte, dass sie im Widerspruch mit Art. 14 der Londoner Konvention seien. Auch sollte ein Bruch des Art. 14 der Londoner Konvention stattgefunden haben durch Abschluss einiger Auslieferungs- und anderer Traktate zwischen der Süd-Afrikanischen Republik und auswärtigen Mächten. Am 7. Mai 1897 antwortete die Regierung der Süd-Afrikanischen Republik auf diese Beschuldigung in einer Depesche, welche nach eingehender Auseinandersetzung der Gründe, wodurch die Regierung sich verpflichtet fühlte, von der Anschauungsweise der Regierung Ihrer Majestät abzuweichen, zum Schluss sich berief auf die Arbitrage als das geeignete Mittel, um den Streit zu entscheiden. Die Worte der Regierung der Süd-Afrikanischen Republik waren folgende:

„Während sie die Anschauungsweise von Ihrer britischen Majestät Regierung respektiert, nimmt sie sich mit vollem Vertrauen auf die Richtigkeit der eigenen Anschauung die Freiheit, die Arbitrage, womit jetzt auch

der erste Volksrad übereinstimmt, der Regierung Ihrer brittischen Majestät vorzuschlagen, in der Hoffnung, dass sie angenommen werden wird in dem versöhnlichen Geist, in dem sie beantragt ist. Sie glaubt, guten Grund für diesen Vorschlag zu haben, zumal das Schiedsgericht bereits in der Konvention festgestellt ist und zwar für den einzigen Fall, welcher nach ihrer Meinung seiner Zeit eine Uneinigkeit hervorrufen konnte, inbezug auf Art. 1, und weil es bereits durch die Regierung Ihrer brittischen Majestät in Vorschlag gebracht und durch diese Regierung angenommen wurde bezüglich des Streites, der hinsichtlich des Art. 14 der Konvention entstanden war in Angelegenheiten der sogenannten Kulifrage, welche durch Arbitrage beigelegt wurde, und weil der Staatssekretär Chamberlain selbst in seiner Missive vom 4. September 1895 an den Ober-Kommissar in Kapstadt diesen Vorschlag in derselben Frage vertritt, wobei er sagt: „After 1886, as time went on, the manner in which this Law was interpreted and was worked, or was proposed to be worked, gave rise to complaints on the part of the British Government, and as it seemed impossible to come to an agreement by means of correspondence, the Marquis of Ripon took, what is the approved course in such a case, of proposing to the South African Republic, that the dispute should be referred to arbitration. This was agreed to.“

„Weil ferner die Einrichtung eines Schiedsgerichts in Angelegenheiten wie dieser der Regierung der am meisten unparteiische, gerechte und am meisten Genugthuung versprechende Weg zu sein scheint, um aus einer bestehenden Schwierigkeit herauszukommen, und endlich, weil eine der Parteien einer Konvention, die mit der grössten Billigkeit geschlossen ist, nicht erwarten kann, dass ihre Interpretation als die allein giltige und wahre von der andern Partei anerkannt werden wird.

„Obgleich diese Regierung vollkommen überzeugt ist, dass eine gerechte und unparteiische Entscheidung hierüber wahrscheinlich noch eher in Süd-Afrika

als irgend wo anders zu erlangen sei, wünscht sie im Hinblick auf die konträren Elemente, Bestrebungen und Aspirationen, welche sich gegenwärtig in Süd-Afrika zeigen, und um endlich selbst den Schein zu vermeiden, dass sie den Wunsch hege, Einfluss auf eine ihr günstige Entscheidung auszuüben, den Vorschlag zu machen, dass der Präsident des Schweizerischen Bundes-Staates, von welchem doch angenommen werden kann, dass er gänzlich ausserhalb der Frage stehe und weder für die eine noch für die andere Partei Sympathie oder Antipathie fühle, gebeten würde, einen geeigneten Rechtsgelehrten als Schiedsrichter anzuweisen, wie dies bereits mehrere Male hinsichtlich internationaler Streitigkeiten geschehen ist. Die Regierung würde keinen Widerspruch erheben, wenn der Schiedsrichter an einen bestimmten Termin gebunden würde und giebt jetzt bereits die Zusicherung, dass sie sich jeglichem Schiedsspruch unterwerfen würde, auch falls derselbe unverhofft gegen sie ausfallen möchte.

„Die Regierung wiederholt den wohlgemeinten Wunsch, dass dieser Vorschlag Ihrer brittischen Majestät konvenieren möge und, da die Behauptung vom Bruch der Konvention jetzt auch in Süd-Afrika Eingang finde und die Gemüter stets mehr in gespannten Zustand bringe und erhalte, würde es dieser Regierung sehr angenehm sein, falls sie die Entscheidung der Regierung Ihrer brittischen Majestät in dieser Angelegenheit baldigst vernehmen könnte.“

Hierauf antwortete die brittische Regierung, dass unter der Konvention von 1884 in Verbindung mit der Einleitung der Konvention von 1881 die Süd-Afrikanische Republik unter der

#### **Suzeränität**

Ihrer Majestät stände, und dass es unvereinbar sei mit der untergeordneten Stellung der Süd-Afrikanischen Republik, dass durch Auslegung der Konvention von 1884 entstandene Meinungsverschiedenheiten zwischen ihr und der suzeränen Macht einem Schiedsgericht unterworfen würden.

Um jedem Missverständnis in dieser erstaunlichen Antwort zu entgehen, zitiere ich hier die Worte der brittischen Depesche:

„19. Zum Schluss schlägt die Süd-Afrikanische Republik vor, dass alle Streitpunkte zwischen Ihrer Majestät Regierung und ihr selbst betreffs der Konvention an ein Schiedsgericht verwiesen werden sollten, wobei der Schiedsrichter ernannt würde von dem Präsidenten der Schweizerischen Republik.

20. Die Regierung der Süd-Afrikanischen Republik scheint bei dem Stellen dieses Vorschlages den Unterschied unbeachtet gelassen zu haben zwischen der Konvention von 1881 und 1884 und einem gewöhnlichen Traktat zwischen zwei unabhängigen Mächten, aus welchem Streitigkeiten entstehen könnten, welche füglich den Gegenstand eines Schiedsgerichts ausmachen können.

21. In der Pretoria-Konvention von 1881 verlieh Ihre Majestät als Souverän des transvaalschen Gebietes den Einwohnern dieses Gebietes vollkommene Selbstregierung, unterworfen der Suzeränität Ihrer Majestät, ihrer Erben und Nachfolger unter gewissen Bedingungen und unterworfen gewissen Vorbehalten und Beschränkungen, festgelegt in 33 Artikeln. In der Londoner Konvention von 1884 befahl Ihre Majestät, indem sie die Einleitung des früheren Dokumentes unverändert liess, dass gewisse andere Artikel an die Stelle einiger Artikel in der Konvention von 1881 gestellt werden sollten. Die Artikel der Konvention von 1881 wurden angenommen durch den Volksrad des Transvaalstaates und die Konvention von 1884 durch den Volksrad der Süd-Afrikanischen Republik.

22. Daher behält Ihre Majestät unter dieser Konvention über die Süd-Afrikanische Republik die Stellung eines Suzeräns, der dem Volke dieser Republik unter gewissen Bedingungen Selbstverwaltung zugestanden hat, und es würde mit dieser Stellung unvereinbar sein, die Auslegung der Bedingungen, unter denen sie Selbstverwaltung der Republik zugestand, einem Schiedsgericht zu unterwerfen.“

In ihrer Replik hierauf vom 16. April 1898 bewies die Regierung der Süd-Afrikanischen Republik unwiderlegbar, dass der Anfang der Konvention von 1881 verfallen war, dass Lord Derby im Jahre 1884 selbst einen Konventionsentwurf vorgelegt habe, in welchem dieser Anfang gestrichen war und dass durch endgültige Annahme dieses Vorschlages die Suzeränität gänzlich aufgehört hatte zu bestehen. Da also aus diesen wie aus andern Gründen kein Suzeränitätsverhältnis zwischen den zwei Ländern bestände, wäre das Bedenken gegen ein Schiedsgericht über gegenseitige Streitigkeiten weggefallen und wiederhole sie daher ihre Bitte an die brittische Regierung, ein Schiedsgericht über gegenseitige Streitigkeiten zuzulassen.

Aber das war natürlich gerade, was Herr Chamberlain nicht wollte. Er war gegen ein Schiedsgericht, weil dieses wahrscheinlich zu der Niederlage der brittischen und nicht der republikanischen Regierung führen würde, während, wie bereits auseinandergesetzt, die Suzeränitätsfrage gerade von ihm ins Werk gesetzt war, um dieselbe als einen „konstitutionellen Vorschlag“ zu gebrauchen, um die Süd-Afrikanische Republik zu demütigen. In seiner Antwort auf die Argumente der Süd-Afrikanischen Republik konnte Herr Chamberlain also nur bei seiner Behauptung der Suzeränität bleiben, wenngleich er das Argument bezüglich Lord Derby's Streichung der Einleitung der Pretoria-Konvention nicht mehr zu widerlegen versuchte. Es war augenscheinlich seine Meinung, das Lord Derby durch seine Dummheit und Unbesonnenheit im Jahre 1884 diese Suzeränität preisgegeben hatte, ebenso wie Lord Russell im Jahre 1852 die Süd-Afrikanische Republik preisgegeben hatte. Er musste nun gleichwie Shepstone im Jahre 1877 die Süd-Afrikanische Republik einzuschüchtern trachten, um nicht dieses eminente „konstitutionelle Mittel“ aus den Händen fahren zu lassen.

Seine Behauptung in dieser Depesche, dass beides, die Suzeränität Ihrer Majestät und das Recht zur Selbstregierung der Süd-Afrikanischen Republik abhängig waren von der Einleitung der Pretoria-Konvention, und dass,

falls diese Einleitung verfallen wäre, dann nicht allein die Suzeränität sondern auch das Recht zur Selbstregierung verschwunden wären, hatte augenscheinlich auch den Zweck, die Regierung der Süd-Afrikanischen Republik einzuschüchtern. Aber sie war in anderer Hinsicht sehr richtig und so antwortete die Süd-Afrikanische Republik dann auch, dass sie nicht mehr Anspruch mache auf Selbstregierung unter dieser Einleitung noch unter der Konvention von 1884 (denn diese enthielt kein Wort von Selbstregierung), sondern einfach durch ihr Recht als souveräner völkerrechtlicher Staat; mit andern Worten: nach ihrer Auffassung war es eine notwendige Folgerung der Konvention von 1884, dass die Süd-Afrikanische Republik ein souveräner Staat war und aus dieser Quelle ihre Rechte schöpfen müsse; sodass es darum in der Konvention von 1884 für unnötig gehalten wurde, etwas über ihre Rechte zu sagen. In ihrer Antwort, welche nicht allein juristisch und historisch korrekt ist, sondern obendrein auch auf einfachem gesundem Verstand beruht, verstand es der Ober-Kommissar eine Herausforderung der Regierung Ihrer Majestät zu sehen, wiewohl sogar in dieser Antwort die Regierung der Republik sich der Londoner Konvention unterwarf, wie sie es bereits hunderte Male gethan hatte.

Dies ist die ganze Geschichte des Suzeränitätsstreites zwischen den zwei Regierungen. Die Süd-Afrikanische Republik hatte gebeten um ein Schiedsgericht über gewisse Streitpunkte und England hatte es durch den Mund des Herrn Chamberlain verweigert, weil man von einer suzeränen Macht nicht erwarten konnte, mit ihren Untergebenen Streitigkeiten auf dem Wege des Schiedsgerichts zu entscheiden, sondern weil sie laut den neuen zu Birmingham in ihr Völkerrecht geschraubten Grundsätzen Richter in ihren eigenen Streitigkeiten mit andern sein musste. Die Stellung, welche die Süd-Afrikanische Republik in dieser merkwürdigen Korrespondenz einnimmt, wird befestigt durch die Handlungen von Lord Derby zur Zeit der Konventionsverhandlungen und auch danach, als er ein Telegramm bezüglich des Inhaltes dieser Kon-

vention an den Ober-Kommissar zur Uebermittlung an die Regierung der beiden Republiken sandte, welches folgendermassen lautet:

High Commissioner                      To British Resident  
Cape Town.                                      Pretoria.

„Please inform Transvaal Government, that I have received the following from the Secretary of State. Begins: 27. February. Convention signed to-day. New South Western boundary as proposed, following trade road. British Protectorate country outside Transvaal established with delegates' consent. They promise to appoint Border Commissioner inside Transvaal co-operate with ours outside, Makenzie — British Resident. Debt reduced a quarter million. — Same complete internal independence in Transvaal as in Orange Free State. Conduct and control diplomatic intercourse foreign Governments conceded. Queens final approval treaties reserved. Delegates appear well satisfied and cordial feeling between two Governments. You may make the above known.“

Ferner wird diese Auffassung auch bestätigt durch die ausdrückliche Erklärung von Lord Rosmead und Herrn D. P. Faure, dass es ausdrücklich einverstanden gewesen wäre bei der Annahme der Londoner Konvention, dass die Suzeränität verfallen war, um nicht zu sprechen von den Zeugnissen von Seite der transvaalschen Deputation.

Die Suzeränität hat also nicht den geringsten Schein der Existenz und doch, wie ich weiter zeigen werde, ist Herr Chamberlain imstande, auf dieser Grundlage einen Krieg mit der Süd-Afrikanischen Republik zu beginnen, welcher seiner bescheidenen Ansicht zufolge natürlich nur zu einer Annektion führen soll.

## Die Beschwerden der Uitländer.

---

Während die zwei Regierungen mit dieser Frage beschäftigt waren, waren natürlich die Kapitalisten auch am Werk, ihr Feuer in Brand zu halten. Rhodesia war nicht allein ein unerwarteter Fehlschlag, sondern zum Schluss reicher an Kaffernkriegen als gewinnbringenden Goldminen. Die Kapitalistengruppen, welche das grösste Interesse am Witwatersrand hatten, waren auch meist im Rhodesia interessiert und ganz natürlich kam es ihnen geraten vor, dass ihre transvaalschen Minen auch die Schulden ihrer Unternehmungen in Rhodesia tragen würden, eine Ausgleichung, die jedoch vor allem im Hinblick auf die Besitzer von Anteilscheinen einzig ausführbar war durch eine politische Zusammenschmelzung der zwei Länder.

Um dieses Ziel zu erreichen, musste eine andauernde Agitation in Johannesburg im Gang gehalten werden, sodass die weitab wohnenden englischen Teilhaber vorbereitet werden konnten auf den Tag, an welchem die Annektion von Transvaal auf konstitutionellem Wege stattfinden sollte.

Das Argument, welches bestimmt war, am besten die europäischen Actionaire zu beeinflussen, war, dass durch die Administration der Süd-Afrikanischen Republik ein Zustand auf den Goldfedern entstände, welcher sehr nachteilig wäre für die Interessen der Minenindustrie; mit anderen Worten waren, von diesem Standpunkt betrachtet,

die sogenannten Ausländer-Beschwerden eine unerschöpflich reiche, unbezahlbare Mine.

Diese Agitation ging in der ersten Instanz von den Kapitalisten aus und wurde im Laufe des Jahres 1897 so heftig, dass die Regierung beschloss, eine Kommission von Beamten und Minenmagnaten zu ernennen, um eine gründliche Untersuchung der behaupteten finanziellen Sorgen zu veranlassen; was die Regierung betrifft, so fand die Kommission hauptsächlich:

1. dass der Preis des Dynamits (85 Shilling pro Kiste von 50 lbs) zu hoch sei unter der bestehenden Konzession, und dass eine Preisverminderung wünschenswert wäre entweder durch Annullierung der Konzession oder dadurch, dass die Rechtsgültigkeit der Konzession vor dem Gerichtshof geprüft würde;

2. dass die Tarife der niederländisch-süd-afrikanischen Eisenbahngesellschaft für den Transport von Kohlen und andern Artikeln zu hoch seien, und dass es auch wünschenswert wäre, die Gesellschaft zu verstaatlichen;

3. dass der Zoll auf Lebensmittel zu hoch sei und das Leben für die Arbeiter in Johannesburg daher zu teuer;

4. dass strenge Massregeln begriffen werden müssten, um die Golddiebstähle zu vermindern und dass das Gesetz des gänzlichen Verbotes von Alkoholverkauf an die farbigen Arbeiter strenger durchgeführt werden müsse, und dass auch eine strengere Handhabung des Passgesetzes (wodurch der Verkehr der Eingeborenen-Arbeiter geregelt wird) notwendig wäre.

5. Zum Zweck, die in „4“ genannten Massregeln auszuführen, schlug die Kommission vor, eine Aufsichtsbehörde am Witwatersrand zu errichten, durch welche die Regierung informiert werden könnte über die Anwendung der genannten Massregeln.

Inwieweit wurden nun diese Vorschläge zur Ausführung gebracht?

1. Was das Dynamit betrifft, so war keine Möglichkeit vorhanden, die bestehende Konzession mit Erfolg vor einem Gerichtshof anzufechten, und darum konnte weder

die Regierung noch der Volksrad irgend welche Veranlassung fühlen, einen bestätigten Kontrakt, für welchen enorme Summen Geldes ausgegeben waren, ohne Zustimmung der andern Partei zu annullieren. Die Minenindustrie war natürlich mit ganzer Seele für Annullierung, sogar ohne genügende Entschädigung, aber das Publikum wusste damals noch nicht, was in den letzten Monaten bekannt geworden ist, nämlich, dass die Debeers-Korporation selbst den Plan hatte, Dynamitfabriken in Süd-Afrika zu gründen, und dass diese Agitation der Kapitalisten also zum Zweck hatte, auch noch diese grosse Einnahmequelle in ihre Hände zu bringen. Ueber Herrn Chamberlains Interesse an der englischen Munitions- und Dynamitfirma von Kynoch ist das Publikum wohl unterrichtet, obgleich man zögert anzunehmen, dass der Staatssekretär für die Kolonien in seiner Transvaalpolitik geleitet wird durch Rücksicht auf seine finanziellen Privatinteressen. Regierung und Volksrad der Süd-Afrikanischen Republik haben also den weiseren Weg gewählt, den Preis des Dynamit derartig zu vermindern, dass er jetzt ziemlich gleich steht mit den europäischen Marktpreisen, vermehrt um einen Produktionsaufschlag von 20 Shilling pro Kiste.

Hier muss berührt werden, dass Herr Chamberlain, obwohl er sich bewusst war, wie unpopulär die Dynamit-Konzession in der Süd-Afrikanischen Republik ist, nicht gezögert hat, die Regierung der Republik in drohendem Ton und drohender Haltung wissen zu lassen, dass die Konzession im Widerspruch wäre mit der Londoner Konvention.

Die Antwort der Regierung hierauf war so beweiskräftig, dass unterstützt durch die Thatsache, die später bekannt wurde, dass einige der berühmtesten englischen und kontinentalen Juristen bekundet hatten, dass die Konzession keinesfalls im Widerstand mit der Konvention wäre, Herr Chamberlain seitdem nicht wieder auf diesen Gegenstand zurückgekommen ist. Ich führe dies nur an, um zu zeigen, wie jede Kleinigkeit angewendet wird, um einen Grund zu finden, die Süd-Afrikanische Republik zu demütigen.

Was die niederländisch-süd-afrikanische Eisenbahngesellschaft betrifft, scheinen die Kapitalisten seit der Zeit der industriellen Kommission ihre Meinung verändert zu haben und nun zu denken, dass die Administration der Gesellschaft so gut ist als billigerweise erwartet werden kann und dass die Verstaatlichung daher unnötig geworden ist. Wahrscheinlich denken sie auch, dass von ihrem Standpunkt betrachtet, es besser wäre, dass sie selbst die Anteile der Gesellschaft aufkauften und dass daher die Minenindustrie an Stelle der Regierung diese Quelle von Einkünften sich zu eigen machen sollte.

Was die Eisenbahntarife betrifft, so sind diese einer Empfehlung der industriellen Kommission zufolge derartig vermindert, dass keine Klagen mehr gehört werden und daher muss man annehmen, dass aller Grund zu Klagen verschwunden ist.

Die Verminderung dieser Frachttarife zusammen mit der Aufhebung der Zölle auf beinahe alle eingeführten Lebensbedürfnisse hat eine Veränderung von ca. 700 000 Pfund Sterling in den Staatseinnahmen des letzten Jahres verursacht, eine enorme Summe, verglichen mit der Totalsumme der Staatseinkünfte der Süd-Afrikanischen Republik.

Dies dient als Beweis, wie bereit die Regierung der Süd-Afrikanischen Republik ist, Beschwerden aus dem Weg zu räumen, sobald es klar bewiesen ist, dass sie begründet sind.

Bezüglich der Administration des Alkoholgesetzes und des Golddiebstahlgesetzes hat weder die Regierung noch der Volksrad Veranlassung gefühlt, eine Aufsichtsbehörde für den Witwatersrand in das Leben zu rufen. Sie ist tiefer zur Wurzel des Uebels durchgedrungen und hat die Verwaltung die Gesetze derartig verändert, dass nun keine Beweise von Unzufriedenheit mehr vorhanden sind; im Gegenteil, von Golddiebstählen wird nichts mehr gehört und die Körperschaften der Minenindustrie haben zu wiederholten Malen ihre Zufriedenheit ausgedrückt über die Administration des Pass- und vor allem des Alkoholgesetzes.

In diesem Alkoholgesetze haben wir eine Probe einer guten Administration. Der Charakter des Alkoholgesetzes bringt es mit sich, dass es eines der schwierigsten Gesetze ist, zu dessen Ausführung jemals eine Regierung berufen werden kann, und zeigt der durch sie und ihre Beamte erreichte Erfolg unwiderleglich, dass die Beschuldigung der administrativen Unfähigkeit, die so häufig gegen die Regierung der Süd-Afrikanischen Republik erhoben ist, aller Wahrheit entbehrt und ausschliesslich zum Zweck hat, sie zu verläumden. So wurden z. B. noch am 17. August d. J. auf einer kombinierten Versammlung der Minenkammer, der Handelskammer und der Gesellschaft von Minenleitern, der drei stärksten und am meisten vertretenen Körperschaften auf den Witwatersrand Goldfeldern, die folgenden zwei Beschlüsse gefasst, die für sich selbst sprechen:

1. „Diese kombinierte Versammlung, Vertreter der Minenkammer, Handelskammer und der Gesellschaft von Minenleitern, wünscht hierdurch ihre grosse Zufriedenheit auszusprechen mit dem gegenwärtigen Alkoholgesetz und ist der Meinung, dass das Alkoholverbot nicht nur für die Eingeborenen heilsam in ihrem eigenen Interesse ist, sondern absolut notwendig für die Minenindustrie im Hinblick auf die Erhaltung ihrer Arbeitskräfte.

2. Diese Versammlung wünscht ihre Hochachtung auszudrücken vor den Versuchen, den ungesetzlichen Alkoholhandel zu unterdrücken durch das Polizei-Departement, seit es unter die Verwaltung des Staatsprokureurs gestellt wurde, und ist der Meinung, dass der Erfolg, womit diese Versuche bisher gekrönt sind, zur Genüge die Behauptung, dass das Alkoholgesetz unausführbar ist, widerlegt.

(Der erste Vorschlag wurde durch eine starke Majorität, der zweite einstimmig angenommen.)

Man vergleiche diese Erklärung der Vertreter der Minen- und Handelsinteressen des Witwatersrand mit der Behauptung, welche Herr Chamberlain in seiner grossen Beschwerdedepesche vom 15. Mai d. J. wiederholte: „Eine

energische Anwendung des Alkoholgesetzes hat noch niemals stattgefunden und das Gesetz wird einfach umgangen und Alkohol in unbeschränkten Mengen an die Eingeborenen auf den Minen verabfolgt.“

Als Herr Chamberlain diese Worte niederschrieb, waren sie absolut unwahr, aber fast alle seine Beschwerden sind von diesem selben Inhalt.

Der Erfolg hat also vollkommen bewiesen, dass die Regierung in ihrer Anschauung korrekt und dass es besser war, die Administration der Gesetze, über welche geklagt wurde, zu verändern, als eine Einrichtung zu treffen, deren Folgen und eventuelle Wirkungen niemand imstande war, vorher zu sagen.

Der Agitation und dem Bericht der industriellen Kommission folgte eine grosse Stille. Hätte nicht die Schwierigkeit bezüglich Swazieland Stoff zum Verdacht gegeben, so würde man wirklich haben denken können, dass keine Wolke am Horizont wäre. Die zwei Regierungen standen augenscheinlich auf sehr gutem und freundschaftlichem Fusse und einige von uns begannen zu denken, dass die Zeit angebrochen wäre für brüderliche, gemeinsame Arbeit der beiden weissen Rassen in Süd-Afrika und dass der verfluchte Einfall und alle seine Folgen von Rassenhass und Vertilgung zu Ende wäre. Einige Umstände jedoch deuteten an, dass die Stille keine Ruhe und dass im Gegenteil der Feind beschäftigt war, einen letzten Versuch zu machen, um die Sache auf eine Krisis hinauslaufen zu lassen.

Die South African Ligue, eine politische Organisation, die geboren wurde aus dem Rassenhass, welchen der Jamesoneinfall in das Leben rief und an deren Spitze (um die kapitalistische Frage in das deutlichste Licht zu stellen) Herr Rhodes selbst stand, begann auf unerhörte Weise gegen die Regierung zu agitieren in der zweiten Hälfte des letzten Jahres. Der Vorstand für Johannesburg war derartig (der Vorsitzende war ein Preisfechter, der Sekretär ein vormaliger sozialistischer Demagoge aus London u. s. w.), dass man diese Bewegung erst nicht

beachtete. Es zeigte sich aber bald, dass die Bewegung nicht nur von den Kapitalisten unterstützt und dass ihr von den Minen stark geholfen wurde, sondern auch, dass auf mystische Weise Verbindung mit London und Kapstadt angeknüpft war, was die Ereignisse der letzten Monate noch deutlicher gezeigt haben. Versammlungen wurden abgehalten, Denkschriften über Beschwerden an Ihre Majestät aufgesetzt und Propaganda in der Presse gemacht, was alles deutlich zeigte, dass ein wohlorganisierter Feldzug gegen die Republik ins Werk gesetzt war.

„Da die Regierung der Süd-Afrikanischen Republik in einer offiziellen Depesche die Absicht der Agitation und die Verbindung der brittischen Regierung mit derselben dargelegt hatte, möchte ich ihre gewichtigsten Worte hier wiederholen:

„Aber diese Regierung wünscht weiter zu gehen, denn sogar von den Uitlandern, welche brittische Unterthanen sind, ist es nur eine kleine Minorität, welche unter dem Vorwand eingebildeter Beschwerden ihre geheime Propaganda des Rassenhasses fortsetzt und diese Republik als eine Basis gebraucht, um eine revolutionäre Bewegung gegen diese Regierung ins Werk zu setzen. Ueber diese Minorität haben Minister Ihrer Majestät so treffend die Wahrheit ausgesprochen, dass diese Regierung, der es nicht zu thun ist, unbegründete Beschuldigungen zu erheben, sondern nur die Wahrheit zur Kenntnis der Regierung Ihrer Majestät und der Welt zu bringen, die Worte dieser Minister hier wiederholen möchte und zwar Minister der Kapkolonie, die mit den örtlichen Umständen bekannt und befähigt sind, zu urteilen:

„In the opinion of Ministers the persistent action both beyond and within this Colony, of the political body styling itself the South African League, in endeavouring to foment and excite, not to sooth and allay, ill-wil between the two principal European races inhabiting South Africa is well illustrated by these revolutions, the exaggerated and aggravated terms of which disclose the spirit which informs and inspires them.

His Excellencys Ministers are one in their earnest desire to do all in their power to aid and further a policy of peaceful progress throughout South Africa, and they cannot but regard it as an unwise propagandism, hostile to the true interests of the Empire, including this Colony as an integral part, that every possible occasion should be seized by the League and its promoters for an attempt to magnify into great events minor incidents, when occurring in the South African Republic, with a prospect thereby of making racial antagonism more acute or of rendering less smooth the relations between Her Majestys Government or the Government of this Colony and the Republic.“

Der Rassenhass ist jedoch nicht so stark in Süd-Afrika, dass eine Körperschaft, welche mit dieser Propaganda einen revolutionären Zweck erstrebt, viel Einfluss in diesem Erdteile erlangen könnte, und man fragt fortwährend, warum eine Körperschaft, die an und für sich und in ihren Prinzipien und Mitgliedern so unbedeutend ist, sich doch eines solchen Masses von Erfolg erfreuen konnte? Die Antwort ist, dass diese Körperschaft sich stützt auf den Schutz und die Unterstützung der Regierung Ihrer Majestät in England und dass beides — ihre Mitglieder und ihre Pressorgane — öffentlich pochen auf den Einfluss, den sie auf die Politik der Regierung Ihrer Majestät ausüben. Diese Regierung würde derartige Behauptungen nicht beachten, aber wenn sie sieht, dass die Ideen dieser Körperschaft immerwährend Wiederhall finden in den Reden von Mitgliedern der Regierung Ihrer Majestät, wenn sie sieht, dass Blaubücher angefertigt werden, grossenteils zusammengesetzt aus Berichten, welche von Mitgliedern der South African League verfasst sind, und aus den lügnerischen Artikeln und Berichten der Press-Organen dieser Körperschaften, welche dadurch einen offiziellen Charakter bekommen, dann kann diese Regierung wohl verstehen, warum so viele von Ihrer Majestät loyalen Unterthanen in diesem Erdteil zu dem verkehrten Eindruck gelangen, dass die Politik,

welche die South African League verfolgt, von Ihrer Majestät Regierung gut befunden wird und daher bestimmt ist, zum Heil und Segen des brittischen Reiches im allgemeinen beizutragen.

„Falls dieser verkehrte Eindruck weggenommen werden kann und die Thatsache bekannt würde, dass die South African League, so weit es die Süd-Afrikanische Republik betrifft, eine Organisation ist, die zum Zweck hat, Unheil und Aufruhr zu stiften und die Unabhängigkeit des Landes zu untergraben, dann wird diese Körperschaft bald ihren Einfluss verlieren und die gespannten Beziehungen, welche jetzt zwischen den beiden Regierungen bestehen, werden rasch verschwinden. Dann werden die Afrikaner-Republiken und die afrikanische Bevölkerung dieses Erdteiles nicht mehr fürchten, dass die Interessen des brittischen Reiches notwendig den Untergang dieser Republik und die Vertilgung oder Sklaverei dieser Bevölkerung mit sich bringen, dann werden beide Teile der weissen Rassen in Süd-Afrika zurückkehren zu der brüderlichen, gemeinschaftlichen Arbeit und Verschmelzung, die wenigstens angefangen hatte, bevor das verräterische Komplott Ende 1895 die Leidenschaften auf beiden Seiten wieder erweckte.

Als eine Folge der anhaltenden Agitation der South African League fanden drei Ereignisse statt, die von Herrn Chamberlain als die Höhe der Ausländerbeschwerden betrachtet wurden. Um der Welt einen klaren Einblick in die Art dieser Beschwerden zu geben, möchte ich beide, die englischen und republikanischen offiziellen Berichte dieser Ereignisse hier wiedergeben. Die drei Ereignisse waren folgende: der sogenannte „Lombard-Fall“ betreffend die behauptete Misshandlung farbiger brittischer Unterthanen zu Johannesburg, der sogenannte „Edgar-Fall“ in Verbindung mit dem Erschiessen eines englischen Unterthanen durch einen Polizeidiener, und der sogenannte „Amphitheater-Fall“ betreffend eine aufrührerische Versammlung der South African League.

### Der Lombard-Fall.

Bezüglich des Lombard-Falles sagt Herr Chamberlain: „Als ein Beispiel derartiger willkürlicher Handlungsweise möge die kürzlich stattgehabte Misshandlung farbiger britischer Unterthanen durch Feldkornet Lombard Erwähnung finden. Dieser Beamte betrat die Häuser verschiedener farbiger Personen ohne Auftrag dazu und zwar in der Nacht, riss sie von ihren Betten und arretierte sie, weil sie ohne Pass waren. Die so arretierten Personen wurden sehr grausam behandelt, und es wurde sogar behauptet, dass eine Frau vorzeitig gebar und dass ein Kind starb an den Folgen des Schrecks und der Kälte.

„Männer wurden geschlagen und gestossen im Auftrag des Feldkornets, der seine Autorität offenbar mit der abscheulichsten Rohheit geltend gemacht hat. Die Regierung der Republik, gezwungen in der Angelegenheit handelnd aufzutreten, entsetzte den Feldkornet seines Amtes und stellte eine Untersuchung an, wobei er und die Polizei die meisten der Behauptungen von angewandter Gewalt leugneten, aber die andern Thatsachen wurden nicht bestritten und zur Verteidigung wurde kein unabhängiger Zeuge aufgerufen. Die Regierung hat nachher den Feldkornet wieder in sein Amt eingesetzt. Unglücklicherweise ist dieser Fall keinesfalls alleinstehend. Andere britische Unterthanen, darunter angesehene Personen von St. Helena und Mauritius, sind auf willkürliche Weise arretiert und einige sind bestraft, ohne zu ihrer eigenen Verteidigung verhört zu sein, unter einem Gesetz, welches selbst eingesteht, keinen Bezug auf Personen dieser Kolonien zu haben. Wie entgegenkommend die Regierung Ihrer Majestät auch ist in dem ernstesten Bestreben, mit der Süd-Afrikanischen Republik auf freundschaftlichem Fuss zu bleiben, liegt es doch auf der Hand, dass ein Fortdauern derartiger Zustände, ohne dass Abhilfe geschafft wird, unerträglich werden könnte.“

Die Antwort der Regierung der Süd-Afrikanischen Republik auf vorstehende Beschuldigungen lautete folgendermassen:

„Betreffs des Lombard-Falles erlaubt sich die Regierung darauf hinzuweisen, dass während eines vollen Monates, nachdem die behaupteten Misshandlungen von Farbigen der Kapkolonie stattgehabt haben sollten, bei keiner einzigen Behörde dieser Republik eine Klage eingereicht und weder durch die Regierung noch durch das Publikum etwas von dem Vorgefallenen bekannt geworden war.

Die ganze Sache war so unbedeutend, dass einige der Personen, die misshandelt sein sollten, später vor dem Gerichtshof unter Eid erklärten, dass sie von selbst niemals irgend welche Klagen ausgesprochen haben würden. Was geschah jedoch? Ungefähr einen Monat nach den Ereignissen kamen dieselben der sogenannten South African League zu Ohren. Dieselbe schickte einige ihrer Beamten umher, um Personen, die misshandelt sein sollten, als Zeugen aufzurufen, und mit Hülfe des Vize-Konsuls Ihrer Majestät zu Johannesburg, zwischen welchem und der League stets ein auffälliges Zusammenarbeiten bestanden hat, wurden einige beeidigte Erklärungen abgenommen. Selbst damals noch wurden den gesetzlichen Behörden des Landes keine Klagen gegen die betreffenden Beamten eingereicht, sondern die Angelegenheit wurde in die Hände des verantwortlichen brittischen Agenten zu Pretoria gelegt. Als die Behauptungen zur Kenntnis dieser Regierung gebracht wurden, hat sie ohne Verzug eine Untersuchungskommission eingesetzt, bestehend aus drei Herren, nämlich Landdrost van den Berg aus Johannesburg, dem Herrn Andries Stockenström, Barrister-at-Law vom Middle Temple, Vorsitzenden der Kriminalabtheilung des Staatsprokureur-Departements und dem Herrn van der Merwe, Minenkommissar von Johannesburg, Herren, gegen deren Fähigkeit und Parteilosigkeit niemals ein Schein von Verdacht bei der Uitlanderbevölkerung dieser Republik bestanden hatte und mit deren Ernennung auch der verantwortliche Agent seine volle Zufriedenheit bezeugte. Die Aufgabe dieser Beamten war, die ganze Angelegenheit gründlich zu untersuchen und der Regierung

Bericht zu erstatten. Sie haben ihren Auftrag erledigt, indem sie tagelang das Zeugnis von beiden Seiten hörten und sorgfältig prüften. Jeder nachdenkende Mensch wird erkennen, dass den Berichten dieser Kommission unendlich viel mehr Gewicht beigelegt werden muss als den Erklärungen der klagenden Partei, die sich in beinahe allen Einzelheiten widersprachen und die ganze Untersuchung beinahe zu einer Posse machten.

Von den sogenannten Misshandlungen blieb in dem Bericht nichts übrig, die einzelnen Fälle, in denen Misshandlungen stattgefunden haben sollten, wurden als erdacht erkannt. Es wurde deutlich erwiesen, dass die Kläger im Widerspruch mit dem Gesetz gehandelt hatten. Die Kommission missbilligte lediglich, dass die Verhaftungen und die Untersuchung in der Nacht und ohne Auftrag stattgefunden hatten. Es erfüllt diese Regierung mit dem grössten Bedauern, zu erkennen, dass die Regierung Ihrer Majestät ihre Beschuldigungen auf die unbedeutenden unbegründeten, und in vieler Hinsicht falschen Erklärungen der durch politischen Hass geleiteten Kläger basiert und den Bericht der Kommission mit Still-schweigen übergeht.

#### **Der „Edgar-Fall“.**

Den Edgar-Fall schilderte Herr Chamberlain auf folgende Weise:

„Wahrscheinlich ist die wohlbekannte Edgar-Angelegenheit der zutreffendste Fall von willkürlichen Handlungen von Beamten und von der Unterstützung derartiger Handlungen durch die Gerichtshöfe. Die Folge der Entscheidung der Jury, unterstützt durch den Richter, dass vier Polizisten nachts in eines Mannes Haus einbrechen ohne Auftrag, allein auf die später als unwahr erkannte Erklärung einer Person hin, dass der Mann ein Unrecht begangen hätte und berechtigt sei, ihn zu töten, weil er ihrem eigenen Bericht zufolge einen von ihnen mit einem Stock schlug. Falls dieses ein rechtlicher An-

lass war, dann bietet beinahe jede Form von Widerstand gegen die Polizei rechtlichen Anlass für die unmittelbare Tötung der Person, welche Widerstand leistet und die womöglich vollkommen unschuldig sein kann an irgend welchem Unrecht. Dies würde überall eine sehr beunruhigende Stellung sein; sie ist hauptsächlich beunruhigend, wenn sie in Anwendung gebracht wird in einer Stadt wie Johannesburg, wo eine starke Polizeimacht, mit Revolvern bewaffnet, mit einer grossen unbewaffneten fremden Bevölkerung, deren Sprache sie in vielen Fällen nicht versteht, arbeiten muss. Die ausdrückliche Bestätigung solch einer Stellung durch Richter und Jury in der Edgarsache kann nur das allgemeine Gefühl der Ungerechtigkeit, unter der sie arbeiten, zunehmen lassen. Man könnte darauf hinweisen, dass die Behauptung, dass Edgar die Polizei anfiel, ausdrücklich gelegnet wurde von seiner Frau und andern, und dass die Gerichtssitzung auf eine Weise abgehalten wurde, welche in diesem Lande als sehr ungeregelt angesehen worden wäre, da die Zeugen der Verteidigung durch die Staatsanwaltschaft aufgerufen wurden und daher den Kreuzfragen entgingen.“

Die Antwort der Regierung der Süd-Afrikanischen Republik war folgende:

„Der Edgar-Fall wird durch Ihre Regierung bezeichnet als „the most striking recent instance of arbitrary action by officials and of the support of such action by the courts“, dieser Fall wird gebraucht als eine ausschlaggebende Stichprobe von der behaupteten gerichtlichen Misswirtschaft dieser Republik und es wird daher von Interesse sein, einen Augenblick dabei zu verweilen. Welches sind die wahren Thatsachen?

Ein gewisser Foster, „ein Engländer“, wurde ohne irgend welche gesetzliche Veranlassung durch einen gewissen Edgar in der Nacht vom 13. Dezember 1898 angefallen und niedergeschlagen, sodass er scheinbar tot liegen blieb und endlich im Hospital starb. Edgar floh darauf in sein Zimmer und durch das Geschrei einiger

umherstehenden Leute kamen einige Polizisten, unter denen sich Jones befand, zum Thatplatze, sahen die angefallene Person scheinbar tot liegen, und gingen darauf zu Edgars Wohnung, um ihn als Missethäter (er hatte sich in der That eines Mordversuches und scheinbar eines Mordes schuldig gemacht) zu arretieren. Da er auf frischer That ertappt war, waren die Polizisten nach dem Gesetz nicht nur dieser Republik sondern von ganz Süd-Afrika und des Vereinigten Königreichs von Gross-Britannien und Irland, berechtigt, in das Haus zu dringen, um den Missethäter zu arretieren. Bei diesem Einbruch wurde nun Jones ein gewaltiger Schlag durch Edgar mit einer gefährlichen Waffe zugefügt und in Notwehr schoss dieser auf Edgar, wodurch letzterer getötet wurde. Es ist nicht die Frage, ob Jones berechtigt war zu diesem äussersten Schritt, der Staatsprokureur dieser Republik hat bereits dadurch, dass er ihn wegen Totschlags verfolgte, seiner Ansicht Ausdruck gegeben, dass diese Sache vor eine Jury gehörte. Die Frage ist allein die, ob eine Jury in irgend einem Lande der Welt unter Umständen, wie sie hier geschildert sind, eine Person irgend welcher Missethat schuldig erklären wird, und ob, falls sie ihn nicht schuldig befindet, so etwas als ein flagranter und merkwürdiger Fall von Misswirtschaft in der Rechtsprechung gebrandmarkt werden kann. Diese Regierung fühlt sich überzeugt, dass auch die englische Rechtsverwaltung Fälle enthält, deren Thatsachen ebenso stark sind als bei diesem und kann nicht einsehen, warum ein Vorfall, der in jedem Land der Welt vorkommen könnte speziell als eine Beschuldigung vorgeworfen werden muss. Diese Regierung kann sich nicht beruhigen bei dem durch die Regierung Ihrer Majestät gegen den Staatsanwalt von Johannesburg, durch welchen die Verfolgung dieser Angelegenheit wahrgenommen wurde, erhobenen Vorwurf.

Die Thatsache, dass er von rein englischem Blut war, dass er seine Rechtsstudien in London gemacht hatte, dass er allgemein unter der Uitlanderbevölkerung respek-

tiert wurde wegen seiner Fähigkeit, seines unparteiischen Wesens und Charakters, wird natürlich bei Ihrer Majestät Regierung nicht ins Gewicht fallen gegen seine Handlungsweise im Aufrufen von Zeugen für die Verfolgung, die für die Verteidigung bestimmt waren und die dadurch erzielte Vereitlung eines möglichen Kreuzverhörs. Nur wünscht diese Regierung darauf hinzuweisen, dass die Thatsache, dass der Edgar-Fall das schlimmste ist, was Ihrer Majestät Regierung hat anführen können gegen die Rechtsverwaltung in dieser Republik, möglicherweise der stärkste und beredteste Beweis ist, dass im ganzen betrachtet die Gerichtsverwaltung auf den Goldfeldern dieser Republik sich nicht nur günstig unterscheidet von der anderer derartiger Goldfelder sondern sogar von der alter und lange bestehender Völker. Die unwahren Berichte in der Presse zeigen zur Genüge, dass die Tagesblätter von Witwatersrand, deren Verdächtigungen einen Teil des organisierten Feldzuges gegen diese Republik und ihre Regierung bilden, genötigt waren, ihre lügnerische Kritik zu üben an scheinbaren Fällen von Misswirtschaft, die oftmals gänzlich aus der Luft gegriffen sind. Wo die Presse zu solchen Mitteln getrieben wird, müssen die wahren Beschwerden nichtsbedeutend sein.

#### **Der „Amphitheater-Fall“.**

Die Beschuldigung des Herrn Chamberlain bezüglich des sogenannten Amphitheater-Falles:

„Es wirft einiges Licht auf das Mass von Vertrauen, welches man der Polizei schenken kann, um ihre delikaten Pflichten mit Billigkeit und Bescheidenheit auszuführen, wenn man hört, was die Beschwerdeführer berichten von den Vorgängen, die sich bei einer Versammlung britischer Unterthanen zwecks Besprechung ihrer Beschwerden am 10. Januar im Amphitheater zu Johannesburg ereigneten:

„Die Regierung wurde vorher unterrichtet von dem Zweck der Zusammenkunft und ihre Zustimmung war erlangt, wiewohl dies gesetzlich nicht notwendig war bei

einer Versammlung an einem geschlossenen Orte. Die Personen, welche die Versammlung leiteten, machten bekannt, dass sie durch den Staatssekretär und den Staatsprokureur instruiert waren, dass jeder, der Gewaltthaten ausübe oder eine aufrührerische Sprache führe, dafür verantwortlich gemacht werden solle. Zum Beweise des friedlichen Zweckes der Versammlung gingen deshalb alle Teilnehmer gänzlich unbewaffnet, worunter auch zu verstehen war, dass sie noch nicht einmal Stöcke bei sich hatten. So wenig fürchtete man irgend welche Unruhe, dass sogar Damen zur Teilnahme aufgefordert und auch anwesend waren. Doch war das Ergebnis, dass laut beidigten Erklärungen verschiedener Zeugen von verschiedener Nationalität die Versammlung beinahe unmittelbar nach der Eröffnung aufgehoben und viele Teilnehmer durch Gewalt von organisierten Trupps feindlicher Volksführer angefallen wurden, welche auf Veranlassung und unter Leitung von Personen im Dienste der Regierung handelten, ohne dass die Polizei irgend welchen Versuch machte, dazwischen zu treten, sondern selbst in mehreren Fällen ihre Mithilfe oder laut ausgesprochene Sympathie bewies. Die Regierung der Süd-Afrikanischen Republik wurde ersucht, eine Untersuchung zu veranlassen über diese schändliche Handlungsweise, lehnte aber diese Anforderung mit einer bestimmten Weigerung ab.“

Diese Beschuldigung wurde wie folgt beantwortet:

„Der Amphitheater-Fall wird von Ihrer Majestät Regierung benutzt, um zu beweisen, wie unfähig die Polizei am Witwatersrand ist, ihre Pflichten zu erfüllen und Ordnung zu halten. Die Leagueversammlung wurde in dem sogenannten Amphitheater in Johannesburg abgehalten, mit Wissen des Staatsprokureurs und Staatssekretärs und die Beschuldigung geht dahin, dass trotz dieser Thatsache der Aufruhr, welcher bei der Versammlung entstand, nicht durch die Polizei unterdrückt wurde.

„Die wahren Thatsachen sind folgende: Herr Wybergh und ein anderer Herr, beide im Dienste der South African League, teilten dem Staatssekretär und Staatsprokureur

mit, dass sie den Plan hätten, diese Versammlung im Amphitheater zusammenzurufen und fragten um Erlaubnis an, solches zu thun. Es wurde ihnen mitgeteilt, dass keine Erlaubnis der Behörde nötig wäre, und dass, so lange die Versammlung nicht zu Zwistigkeiten und Ruhestörungen Veranlassung gäbe, sie ganz ihrem Rechte gemäss handeln sollten. Sie wurden dann auf die Thatsache hingewiesen, dass die South African League durch ihre Handlungsweise und Propaganda bei einem ansehnlichen Teil der Bevölkerung von Johannesburg sehr unpopulär sei und dass wahrscheinlich Ruhestörungen stattfinden würden, falls nicht eine genügende Anzahl Polizisten anwesend wäre, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Hierauf antworteten diese Herren, dass nach dem Edgar-Fall die Polizei in schlechtem Rufe stände, dass die Versammlung sehr still sein würde, dass die Gegenwart von Polizei nur dazu beitragen würde, um Anlass zur Unordnung zu geben und dass sie aus diesen Gründen lieber keine Polizei hätten. Der Staatssekretär und Staatsprokureur haben darauf mit den Spitzen der Polizei von Johannesburg korrespondiert mit dem Resultat, dass auch diese dachten, dass es besser wäre, keine grössere Anzahl Polizisten in der Versammlung erscheinen zu lassen. Die Regierung hat darauf infolge des Wunsches der Beamten der League sowohl als auch der Polizeibeamten Befehle gegeben, dass die Polizei sich von dieser Versammlung fern halten solle. Sie hat dieses im guten Glauben gethan und mit dem Zweck, dass die League ungestört ihre Stimme hören lassen könne.

„Die angesagte Versammlung war jedoch weit und breit bekannt geworden und, da ein gewisser Teil der Bevölkerung von Witwatersrand gegen die League sehr erbittert war, kam auch ein ansehnlicher Teil der Opponenten dieser Körperschaft dahin. Die wenigen Polizisten, welche anwesend waren, waren machtlos, die Unordnung zu verhindern und als einige Minuten nach Beginn der Unruhe die Polizei auf dem Schauplatz erschien, war die Versammlung bereits geschlossen.“

„An und für sich würde dieses Ereignis nicht sehr wichtig sein. denn es ist, was die Goldfelder dieser Republik betrifft, ein einzelstehender Fall. Sogar in dem best organisierten und kontrollierten Gemeinwesen finden bisweilen derartige Unregelmässigkeiten statt. Der Ernst der Sache liegt jedoch in der ungerechten Beschuldigung der Regierung Ihrer Majestät, als wäre die Versammlung abgebrochen durch Beamte dieser Regierung und als hätte diese Regierung sich rundweg geweigert, eine diesbezügliche Untersuchung anzustellen.“

„Diese Regierung würde sich nicht geweigert haben, eine Untersuchung anzustellen, falls bei ihr oder bei den lokalen Gerichtshöfen irgend welche Klagen eingereicht wären und in ihrer Antwort auf das Ersuchen Ihrer Majestät um eine Untersuchung hat sie solches erklärt, wie aus dem Anhang hervorgehen wird. Diese Regierung tritt dem systematischen Uebergehen der lokalen Behörde entgegen und dem fortwährenden Klagen bei den Vertretern Ihrer Majestät über Dinge, welche durch die Gerichtshöfe dieser Republik entschieden werden müssen. Anstatt jedoch erst dann bei Ihrer Majestät Regierung zu klagen, falls alle anderen Redressmittel vergeblich angewandt sind, machen sie sich fortwährend einer Uebergehung und Geringschätzung der lokalen Höfe und Behörden schuldig dadurch, dass sie stets alle unbedeutenden und nichtigen Klagen in erster Instanz vorbringen. Dadurch wird die Regierung Ihrer Majestät fortwährend in die zweideutige und unerwünschte Position gebracht, sich in innere Angelegenheiten dieser Republik im Widerspruch mit der Konvention von London zu mischen. Wäre eine Klage bei dieser Regierung oder den befugten Beamten oder Gerichtshöfen eingereicht, dann könnte die Thatsache sehr bequem untersucht werden und dann würde auch bewiesen sein, dass die wenigen Beamten, die als ein Teil des Publikums anwesend waren, ihr Bestes gethan hatten, um Unruhen vorzubeugen und dass einige von ihnen sogar bei ihren Versuchen, den Frieden wiederherzustellen, verwundet wurden.“

„Anstatt nun solche Klagen abzuweisen und die Kläger auf die lokalen Gerichtshöfe hinzuweisen, nimmt die Regierung Ihrer Majestät die Klagen an und giebt ihnen einen offiziellen Charakter dadurch, dass sie sie unserer Regierung zur Kenntnisnahme zusendet und zu geeigneter Zeit auch in Blaubüchern der Kenntnis der Welt unterbreitet. Ihrer Majestät Regierung wird sofort erkennen, dass kein Staat auf der Welt, wie schwach und gering er auch sei, der irgend welches Ehrgefühl besitzt, derartige Sachen anders als mit grosser Betrübniß ansehen kann, und wenn dann die Beziehung der zwei Regierungen gespannt ist, dann muss die wahre Ursache in dieser Handlungsweise ihrer Unterthanen gesucht werden, die nicht durch die Regierung Ihrer Majestät missbilligt wird, nicht aber etwa in eingebildeten oder nichtigen Beschwerden.“

Ich habe die vornehmlichsten, finanziellen und administrativen Beschwerden der englischen Uitlander durchlaufen, ich sage englischen Uitlander, weil von den anderen Nationalitäten unter der neuen Bevölkerung beinahe niemals, sei es direkt oder durch ihre diplomatische Vertretung, irgend welche Klage gehört wird. Kann es nun mit dem geringsten Schein von Recht und Billigkeit behauptet werden, dass diese Beschwerden eine

#### **Ursache zur Intervention**

abgeben? Welche Missethaten sind hier gegen die Menschen oder das Völkerrecht verübt und stehen diese angeführten Beschwerden und Missbräuche nicht Ereignissen gleich, welche beinahe alle Tage in den gebildeten Ländern der Welt vorkommen? Mit Recht kann man auf diesen vorliegenden Fall die Worte anwenden, mit welchen die russische Regierung die widerrechtliche Intervention der brittischen Regierung in die inneren Angelegenheiten des Königreichs Neapel brandmarkte:

„Wir könnten verstehen, dass in Folge freundschaftlicher Besorgnis die eine Regierung der andern eine

Note in versöhnlichem Charakter zugehen lässt, dass eine derartige Note selbst den Charakter einer Ermahnung annehmen kann. Aber wir glauben, das damit die weiteste Grenze gezogen ist. Weniger als jemals darf es jetzt in Europa vergessen werden, dass es nicht die Ausdehnung des Grundgebietes sondern der heilige Charakter der Rechte eines jeden ist, welcher die Beziehungen zwischen den Staaten regelt.“

Einen Versuch zu machen, um von der Regierung der Süd-Afrikanischen Republik Konzessionen betreffs der inneren Leitung der Republik durch Drohungen oder eine drohende Demonstration zu erlangen, ist eine gewaltthätige Anmassung ihrer Macht, ein Versuch, an ihrer Stelle zu regieren. Es ist eine offene Erklärung des Rechtes des Starken gegenüber dem Schwachen.

Bei all' ihren heuchlerischen Beschuldigungen ist es der brittischen Regierung sehr gut bekannt, dass die Verwaltung der Süd-Afrikanischen Republik trotz der unvergleichlichen Schwierigkeiten, mit denen Regierung und Gesetzgebung zu kämpfen haben, auf einer gesunden Grundlage ruht und wohl einen Vergleich mit andern Ländern in ähnlicher Lage vertragen kann; dass die Beschwerden, mit denen durch die Blaubücher das menschliche Gefühl des brittischen Volkes in Aufregung versetzt wird, grösstenteils eingebildet sind und selbst, falls sie vollkommen berechtigt wären, doch keinen Grund böten für eine rechtliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik. Es ist deshalb nötig geworden, zu einem andern „konstitutionellen Mittel“ zu greifen.

### Gleiche politische Rechte.

Das dritte und letzte „konstitutionelle Mittel“, dessen sich Herr Chamberlain bediente als eines Vorwandes, um sich gewaltsam in die inneren Angelegenheiten der Süd-Afrikanischen Republik zu mischen, war der Anspruch auf gleiche Rechte für alle Einwohner der Süd-Afrikanischen Republik. Auch in dieser Forderung folgte er der Inspiration des Herrn Rhodes. Nach dem Jameson-Einfall nämlich hatte Herr Rhodes für die „progressive“ Politik Süd-Afrikas die Formel erfunden: „Gleiche Rechte für alle Weissen südlich des Zambesi“. Später hat Herr Rhodes im Hinblick auf das Stimmrecht der Farbigen in der Kapkolonie diesen Ruf verändert in: „Gleiche Rechte für alle gebildeten Personen südlich vom Zambesi“. Und zu gelegener Zeit kam das Echo aus der Downingstreet: „Gleiche politische Rechte für alle Personen in der Süd-Afrikanischen Republik“.

Als eine politische Aspiration mag das in Süd-Afrika ebenso wünschenswert oder nicht wünschenswert sein wie in England, wo Herr Chamberlain einer der Anführer der Partei ist, welche stets gegen das allgemeine Stimmrecht war.

Herr Chamberlain beschränkt sich jedoch nicht auf freundschaftlichen Rat, sondern fordert das Stimmrecht für alle Uitlander. Die Süd-Afrikanische Republik hat bereits ein Stimmrechtsgesetz, nach welchem jede Person, welche bereits 7 Jahre in dieser Republik wohnt, oder

wohnen wird, das volle Stimmrecht erhält. Aber Herr Chamberlain geht viel weiter und macht Anspruch auf ein viel ausgebreiteteres Stimmrecht. Worauf stützt er diesen Anspruch?

Er berief sich auf die Diskussionen, die der Konvention von 1881 voraufgingen. In den Diskussionen jedoch ist allein die Rede gewesen von bürgerlichen Rechten, betreffs welcher schon fast vollkommene Gleichheit seit der Zand-River-Konvention bestanden hat. Zur Aufrechterhaltung der Gleichberechtigung dieser bürgerlichen im Unterschied von den politischen Rechten bestimmt Art. XII der Pretoria-Konvention:

„Alle solchen Personen, (Unterthanen I. M.) sollen volle Freiheit haben, im Lande zu verbleiben, mit Genuss aller bürgerlichen Rechte und Schutz für ihre Personen und ihr Eigentum“.

Im Jahre 1882 wurde für das Stimmrecht der verlangte Aufenthalt im Lande von 1 Jahr auf 5 Jahre verändert und zwar ohne irgendwelchen Widerspruch von Seiten Ihrer Majestät Regierung. Und im Jahre 1884 wurde in der neuen Konvention jenes Jahres auf die nachdrücklichste und unzweideutigste Weise bestimmt:

„Art. 14. Alle Personen, welche nicht Eingeborene sind, die sich den Gesetzen der Süd-Afrikanischen Republik unterordnen, (a) sollen volle Freiheit geniessen mit ihren Familien jeden Teil der Süd-Afrikanischen Republik zu betreten, darin zu reisen und zu wohnen; (b) sie sollen das Recht haben, Häuser, Fabriken, Geschäfte und Läden und Grundstücke zu mieten oder zu besitzen; (c) sie dürfen Handel treiben, persönlich oder durch von ihnen zu ernennende Agenten; (d) sie sollen betreffs ihrer Person und ihres Eigentums, sowie ihres Handels und ihrer Industrie mit keinen andern, sei es allgemeinen oder lokalen Steuern belastet werden, als denen, welche auch den Bürgern der genannten Republik auferlegt sind oder noch werden“.

Hier werden also ausdrücklich allen weissen Uitlandern die Rechte verbürgt, sich frei zu bewegen, Mobilien oder

Immobilien zu erwerben und zu besitzen, Handel zu treiben, und das gleiche Besteuerung mit den Bürgern. Es ist keine Rede von politischen Rechten und ist davon auch niemals die Rede gewesen vor diesem Jahr 1899. Die Regierung der Süd-Afrikanischen Republik würde also völlig der Konvention entsprechend handeln, wenn sie Herrn Chamberlain mitteilte, dass sie allein über das Stimmrecht als eine völlig innere politische Angelegenheit zu entscheiden habe; und ferner, dass, falls er unter dieser Konvention das Recht beanspruche, der Regierung ein Wahlgesetz aufzudrängen, Herr Chamberlain der Teil sei, der die Konvention bräche.

Die Regierung der Süd-Afrikanischen Republik hat jedoch einen viel höheren Standpunkt eingenommen; der Staatspräsident selbst ist nach Bloemfontein gegangen, um sogar die inneren Angelegenheiten in freundschaftlicher Weise mit dem Oberkommissar zu besprechen, u. a. auch das Wahlgesetz, da es ihm allein darum zu thun war, den Frieden in Süd-Afrika und das Wohlergehen seiner Einwohner zu befestigen und zu befördern. Herr Milner hat damals gesagt, dass, „falls diese Frage auf einer befriedigenden und dauernden Grundlage geregelt werden könne, die Spannung nachlassen und mit der Zeit alles zurecht kommen würde.“ Er hat in der letzten Zeit sein Möglichstes gethan, um zu zeigen, dass er dies niemals gesagt oder gemeint habe; dass das Wahlgesetz nur eine der brennenden inneren Fragen sei, für welche sich die Regierung Ihrer Majestät lebhaft interessiere und dass auch die günstigste Entscheidung in der Stimmrecht-Angelegenheit keineswegs die anderen Differenzen aus der Welt schaffen würde. Die Haltung des Herrn Milner in diesem und anderen Punkten ist aber derart gewesen, dass ich lieber nichts mehr über sein Benehmen sagen sondern ihn dem Urteil der öffentlichen Meinung und der Geschichte überlassen will.

Da keine Verständigung zwischen den Parteien möglich war, verliess Präsident Krüger Bloemfontein und verbesserte das Wahlgesetz in solcher Weise, dass der Oranje-

Freistaat, die Afrikaner der Kapkolonie und sogar Herr Schreiner, der Premier der Kapkolonie, öffentlich ihre Zufriedenheit mit den Verbesserungen aussprachen.

Herr Chamberlain fing jedoch nun an, nicht mehr in freundschaftlichem, sondern drohendem Ton an die Regierung der Süd-Afrikanischen Republik zu schreiben; und machte schliesslich den Vorschlag, die Frage, ob das neue Gesetz genügend wäre, einer gemeinschaftlichen Kommission zu unterbreiten.

Inzwischen war aus nicht-offiziellen Gesprächen zwischen dem Staatsprokureur der Süd-Afrikanischen Republik und dem brittischen Agenten die Aussicht entstanden auf eine baldige und befriedigende Lösung. Darüber von dem brittischen Agenten sondiert, gab die britische Regierung zur Antwort, dass sie, falls das Stimmrecht auf fünf Jahre gebracht würde ohne verwickelte Bedingungen und die Goldfelder ein Viertel der Mitglieder des Volksrads wählen dürften, bereit wäre, die damit verbundenen Bedingungen auf ihren Wert hin zu prüfen, nämlich dass der Anspruch auf Suzeränität verfallen, dass künftighin keine Intervention mehr stattfinden und dass Differenzen durch Arbitrage entschieden werden sollten. Als dieser Vorschlag jedoch offiziell gemacht wurde, weigerte sich die brittische Regierung, die Bedingungen betreffs Verfalls des Suzeränitätsanspruches anzunehmen, wiewohl der Oberkommissar bereits in einer offiziellen Depesche erklärt hatte, dass die Suzeränitätsfrage ihm mehr etymologischer als politischer Natur zu sein scheine. Kurz darauf machte die brittische Regierung thatsächlich denselben Vorschlag, aber mit Weglassung der Bedingung betreffs des Verfalls des Suzeränitätsanspruches. Da die Regierung der Süd-Afrikanischen Republik dieses Verfallen für ausserordentlich wichtig für die Aufrechterhaltung ihres völkerrechtlichen Standpunktes erachtete, weigerte sie sich, den Vorschlag in dieser Form anzunehmen. Sie nahm jedoch nun die Einladung behufs gemeinschaftlicher Untersuchung an; aber die brittische Regierung antwortete, dass es zu spät wäre und dass sie jetzt ihre Einladung zurückzöge.

Hier erscheint nun im hellsten Licht

1. dass, wiewohl der Ober-Kommissar gesagt hatte, dass die Suzeränität nur von etymologischem Interesse sei und wiewohl die brittische Regierung niemals die Argumente der Süd-Afrikanischen Republik bezüglich des Verfallens der Suzeränität im Jahre 1884 hat widerlegen können, die brittische Regierung dennoch nicht Willens ist, sie preiszugeben und bereit, aus diesem Grunde einen Krieg in Süd-Afrika zu beginnen;

2. dass die brittische Regierung die Süd-Afrikanische Republik zu einer gemeinschaftlichen Untersuchung auffordert, und dass, als die Aufforderung angenommen wird, ohne dass sie vorher zurückgezogen war, diese Annahme mit allen Zeichen von Verachtung von der Hand gewiesen wird.

Giebt es in der Geschichte der gebildeten Diplomatie noch ein solches Beispiel eines so schamlosen Betruges und heuchlerischen Spieles mit den höchsten Interessen Süd-Afrikas?

Und ist es zu verwundern, wenn Süd-Afrika alles Vertrauen in die brittische Diplomatie verloren hat?

Fürwahr, von allen schändlichen Handlungen, womit der brittische Name in diesem Erdteil besudelt worden ist, kenne ich keine niedrigere und gemeinere als diese.

Und die Folgen dieses Betruges werden mit dem Blut und den Thränen von Tausenden unschuldiger Personen beschrieben werden.

## Schluss.

---

Ich habe nun die Thatsachen berichtet, welche unsere 100jährige Unterdrückung und Verfolgung kennzeichnen. Die von mir aufgestellten Behauptungen sind nicht aus der Luft gegriffen, sondern sind Aussprüche glaubhafter historischer Zeugen, beinahe alle von brittischer Nationalität. Es sind Thatsachen, die durch das Forum der Geschichte als unbestreitbar erklärt sind. Betreffs der neueren Ereignisse seit 1898 habe ich persönlich Kenntnis aller Unterhandlungen und Differenzen gehabt, welche oben auseinandergesetzt sind und kann ich nur noch erklären, dass ich mich lediglich an Thatsachen gehalten habe, welche später in noch hellerem Licht erscheinen werden, wenn der Vorhang weggenommen sein wird und die Vorgänge der letzten zwei Jahre in diesem tief bewegten Erdteil offenbar werden.

An diesem furchtbaren Wendepunkt in der Geschichte Süd-Afrika's, in den Tagen des Streites, in welchem unser Volk mit gänzlicher Vernichtung bedroht wird, ist es am Platze, mit unserem vielleicht letzten in die Welt gesandten Worte die Wahrheit zu verkünden, sodass, auch wenn wir vernichtet werden, die Wahrheit doch durch uns über unseren Sieger triumphieren und wie ein Krebs an seinem öffentlichen Leben weiterfressen wird, bis auch er in die Nacht der Vergangenheit versinken wird.

Bisher hat unser Volk geschwiegen; der Feind hat unser Volk bespion, beschmutzt, geschlagen und mit

aller möglichen Verachtung und Gehässigkeit behandelt. Aber unser Volk hat mit einer Würde, welche die Welt erinnert an eine noch schmerzlichere und grossartigere Leidensgeschichte, stillschweigend den Hohn und die Verachtung der Gegenpartei ertragen, und hat in dem Pflichtgefühl, das es beseelte, es für besser erachtet, die Fehler und Missbräuche aus dem Wege zu räumen, welche in Zeiten geringerer Achtsamkeit sich in unsere Regierung eingeschlichen hatten. Sogar dieses wurde uns als Schwäche und Furcht gedeutet. Auf hunderten von Rednerbühnen in Grossbritannien und von den angesehensten Staatsmännern ist unser Volk in der letzten Zeit bezeichnet als inkompetent, ungebildet, ehrlos, treulos, korrupt, blutdürstig, verräterisch u. s. w., bis nicht allein das brittische Publikum sondern beinahe die ganze Welt zu glauben anfang, dass wir fast auf derselben Stufe mit wilden Tieren ständen. Auf diesen Hohn und diese Herausforderung haben wir geschwiegen. Aus offiziellen Blaubüchern der Regierung Ihrer Majestät, aus Depeschen von Ihrer Majestät Ober-Kommissar in Süd-Afrika haben wir vernehmen müssen, dass unsere charakterlose Regierung und unsere unrechtfertige, gewissenlose und unordentliche Verwaltung ein beständig eiterndes Geschwür ist, durch welches wie durch einen Pesthauch die sittliche und politische Atmosphäre von Süd-Afrika verdorben wird. Auch darauf haben wir geschwiegen. In zahllosen Tagesblättern sind wir beschuldigt aller Missethaten gegen Bildung und Humanität, sind uns Missethaten zur Last gelegt, deren Erwähnung allein bereits die Haare zu Berge steigen lässt. Falls das lesende Publikum, nur den hundertsten Teil glaubt von den Schreckensthaten, deren unser Volk und seine Regierung angeschuldigt werden, dann müsste es notgedrungen zu dem Schluss gekommen sein, dass diese Republik eine Räuberhöhle und Mördergrube sei, ein Volk, dessen Bestehen allein ein Schandfleck der Humanität und eine Last für die Menschheit ist. Von den enormen Summen, die von uns aus den geheimen Fonds ausgegeben sein

sollen, um nur die Unterstützung der öffentlichen Meinung der Welt zu kaufen, sah man kaum einen praktischen Erfolg noch eine Spur; aber doch wütete die Verläumdung weiter wie ein alles vernichtender Orkan. Aber unser Volk schwieg, teils aus Indolenz, teils in einem Gefühl der hoffnungslosen Hilfslosigkeit, teils weil es als einfaches landbauendes Volk keine Zeitungen liest und daher von der Art und Weise, wie das Gefühl der ganzen Welt boshafterweise gegen uns aufgehetzt wurde, keine Ahnung hatte. Die praktische Folge war, dass unsere Sache vor dem Richterstuhl der öffentlichen Meinung verloren schien.

Aus diesem Grunde habe ich mich jetzt gedrungen gefühlt, die Thatsachen auseinanderzusetzen, welche die Haltung der Britten gegen unser Volk, während des 19. Jahrhunderts gekennzeichnet haben. Naboths Anspruch auf seinen Weinberg musste vernichtet werden und der heuchlerischen englischen Diplomatie zufolge war der kürzeste Weg zu diesem Ziel, den Beweis zu liefern, dass er ein Schurke und Ahab ein Engel war. Ich habe die Thatsachen von Ahabs Laufbahn dargelegt und fahre nun fort, meine Schlüsse daraus zu ziehen, Schlüsse, die sich jedem unparteiischen und rechtschaffenen Gemüt unwiderstehlich aufdrängen müssen.

Während des letzten Jahrhunderts kann man drei Zeitabschnitte unterscheiden, welche die Haltung der brittischen Regierung gegenüber unserm Volke kennzeichnen. Der erste Abschnitt begann 1806 und währte bis in die zweite Hälfte des Jahrhunderts. Während dieses Zeitraumes kennzeichnet sich die brittische Politik gegen unser Volk durch einfache Verachtung, „The stupid and dirty Dutch“ war der Gedanke, der damals im brittischen Gemüt gegen unser armes Volk vorherrschend war. Aber die heuchlerische Art der brittischen Politik verstand es, diese Geringschätzung durch Ausdrücke der erhabensten Ideen zu kennzeichnen, die damals in der

gebildeten Welt gang und gäbe waren. Eine sentimentale Philanthropie herrschte damals in der gebildeten Welt und diese machte die brittische Regierung sich dienstbar, um die Boeren hinzustellen als Unterdrücker der armen, friedliebenden und für Gottesdienst und Zivilisation zugänglichen Eingeborenen, die doch Menschen und Brüder wären. Wenn es unverständlich erscheinen könnte, warum die Grossmacht, die im Traktat von Utrecht als der schamlose Verfechter der Negersklaverei auftrat, in Süd-Afrika sich kennzeichnete durch eine widerliche Liebe für den Eingeborenen, dann ist die Erklärung dafür die, dass es im letzteren Fall weniger die Liebe zu den Eingeborenen als vielmehr Hass und Verachtung gegen die Boeren war, welche ihre Politik auszeichnete. Als eine Folge dieses Hasses gegen die Boeren, verborgen unter dem Deckmantel der Liebe für den Eingeborenen, wurden die Eingeborenen als Polizei gegen uns verwandt, wurden sie gegen uns mit Feuerwaffen und Munition versehen, aufgehetzt, um uns zu bekämpfen und uns womöglich zu morden und zu berauben. Als eine Folge dieses Hasses wurde unser Volk gezwungen, der Kapkolonie mit allem, was ihm lieb und teuer war, Lebewohl zu sagen und einen Zufluchtsort in den unbekanntem Wüsten des Norden zu suchen; und als eine Folge dieses Hasses musste unser Volk seinen Märtyrerzug durch Süd-Afrika fortsetzen, bis jeder Teil von Süd-Afrika rot gefärbt war mit dem Blut weniger von wehrbaren Männern als vielmehr von ermordeten Frauen und Kindern.

Der zweite Abschnitt dauerte bis 1881. Während dieser Periode war der Grundzug der brittischen Politik uns gegenüber nicht so sehr einfach Hass gegen die Afrikaner; die Geschichte hatte bereits erwiesen, dass dieser Hass nicht im stande war, den Afrikaner niederzuhalten; im Gegenteil hatte derselbe unendlich viel dazu beigetragen, dass die Afrikaner sich als die herrschende

Rasse über ganz Süd-Afrika verbreiteten. In einem Moment der Mutlosigkeit und nicht nachdenkender Interesselosigkeit hatte England Traktate (1852—1854) mit den Boeren geschlossen, durch welche ihnen der ungestörte Besitz von gewissen wüsten und scheinbar nutzlosen Teilen des Landes gesichert wurde. Der Grundzug der Politik des zweiten Abschnittes war ein Gefühl von Reue über diesen Fehler und der feste Entschluss, die Folgen desselben aus dem Wege zu räumen. Die den Boeren zuerkannten wüsten und nutzlosen Teile erwiesen sich als sehr kostbar, nachdem die Boeren sie der Zivilisation geöffnet hatten; sie mussten wieder als Perlen in Ihrer Majestät Krone prangen ungeachtet der mit den Boeren geschlossenen Traktate. Dieses war der versteckte Zweck; betreffs der Mittel brachte es die angeborene Heuchelei mit sich, dass diese Mittel teils verborgene, teils offene waren und dass eine Art derselben himmelweit verschieden war von der anderen. Das versteckte Mittel bestand darin, dass, im Widerspruch mit den feierlichen Traktaten und Versprechungen die Kaffernstämme gegen uns auf ungehörige Weise mit Waffen versehen und zu Angriffen auf uns aufgestachelt wurden. Falls dieses glückte, konnte England seinen wahren Zweck und seine Mittel verbergen und offen als Beschützer von Frieden und Ordnung auftreten und als Förderer der Zivilisation in diesem Erdteil und konnten unter derartigen falschen Vorwänden die Republiken annektiert werden. Was den Oranje-Freistaat betrifft, missglückte diese Politik, da, trotz der widerrechtlichen Zustellung von Feuerwaffen und Munition von seiten der brittischen Regierung, es doch den tapfern Bürgern der benachbarten Republik gelang, Moshesh zurückzuschlagen. England war gezwungen, sich in diesem Falle auf die Beschützung seiner „Basuto-Instrumente“ zu beschränken und zu verhindern, dass die Boeren alle Vorteile aus ihrem Siege ziehen konnten, sowie auf die widerrechtliche Annektion der Diamantfelder.

Was die Süd-Afrikanische Republik betrifft, so waren die Bürger derselben unglücklicherweise nicht vorsichtig

genug, gegen die listige Politik des Feindes auf der Hut zu sein. Die transvaalschen Boeren hatten die mächtigsten Kaffernstämme zurückgeschlagen und liessen es sich daher nicht träumen, dass die kleinen Kaffernkriege, in welche sie durch Aufhetzung der Kaffern durch die Engländer verwickelt wurden und die nicht auf jede mögliche Weise sofort niedergeschlagen wurden, als ein Vorwand gebraucht werden könnten, um ihr Land dem brittischen Reich zu annektieren. So zogen sich der Magato- und der Sekokunikrieg in die Länge zur grossen Genugthuung von Sir Theo. Shepstone und seiner Auftraggeber. Und so kam die Annektion „mit der Ausbreitung der Jurisdiktion und des Schutzes Ihrer Majestät über die Süd-Afrikanische Republik, durch welches Mittel allein die Einheit im Ziel und Handeln gesichert und eine schöne Aussicht auf Friede und Glück für die Zukunft eröffnet werden konnte.“ In diesen Worten von Shepstones Annektions-Proklamation sehen wir in ihrer ganzen abscheulichen Nacktheit die Heuchelei, die der Boeren-Republik einen heimlichen Todesstoss beibrachte und die sich dann öffentlich als der uneigennützig und barmherzige Samariter hinstellte!

Der dritte Abschnitt unserer Geschichte wird gekennzeichnet durch die altbekannte Politik des Betrugs kombiniert mit den neuen Kräften des durch den Mineral-Reichtum der Süd-Afrikanischen Republik hervorgerufenen Kapitalismus. Unsere Existenz als Volk sowohl wie als Staat wird nunmehr bedroht durch diese Vereinigung ohne Gleichen von Macht und Kraft. Gegen uns hat sich zusammengeschart die Macht der Zahl, die nach Blut und Rache dürstende öffentliche Meinung des brittischen Reiches, das Kapital der Welt und all die Kräfte, welche allein die Hoffnung auf Rauben und Plündern zusammenbringen kann.

Unsere Lage ist immer gefährlicher geworden. Der Ring von Raubtieren und Raubvögeln hat sich in den letzten

10 Jahren enger und enger um unser armes gedrücktes Volk gezogen. Wie die verwundete Antilope die Annäherung des Löwen, Fuchses oder Geiers wittert, so sieht sich auch unser Volk in ganz Süd-Afrika umzingelt durch die List, die Rachsucht, den Hass und die Habgier seiner Feinde. Alle Meere der Welt werden durchfurcht von Schiffen, die aus allen Ecken der Erde britische Truppen herbeibringen, um diese Hand voll Volks zu drücken. Sogar Xerxes, als er mit seinen Millionen gegen das kleine Griechenland anrückte, bietet der erstaunten Welt kein fremdartigeres Schauspiel als diese sanftmütige Mutter der Völker; wie sie in all ihrer Kraft, in all ihrem Reichtum, in all ihren stolzen Ueberlieferungen mit geschliffenem Messer zuläuft auf dies Kindchen, das im Staube spielt. Das ist kein Krieg, es ist versuchter Kindesmord.

Und wenn die Gedanken des Zuschauers in Erstaunen erstarren und das Gehirn sich sträubt, weiter zu denken, dann steigt vor ihm wie ein Traum ein Bild auf von Bantukindern, spielend in Gärten und Ruinen des sonnigen Südens rund um tausende von Gräbern, in welchen die Kinder der Glaubens- und Freiheitshelden des alten Europa den ewigen Schlaf schlafen. Und die Räuber- und Mordbanden der Bantus schwärmen wieder umher, wo früher eine zeitlang das Haus des weissen Europäers stand. Und wenn er dann fragt, warum dies alles geschehen ist, warum die Heldenkinder eines Heldengeschlechtes, denen die Zivilisation ihre köstlichsten Schätze zu danken hat, in diesem fernen Erdteil ermordet sind, dann antwortet ein unsichtbarer Spottgeist: „Die Zivilisation ist ein verlorenes Spiel, der Kaukasier hat ausgespielt.“ Und dann erwacht er mit dem Klang des Wortes in seinen Ohren: Gold! Gold! Gold!

Die Orchideen Birminghams sind gelb.

Die Traditionen des grössten Reiches der Welt sind verwelkt und gelb geworden.

Die Lorbeeren, die Brittanniens Legionen in Süd-Afrika suchen, sind gelb.

Aber der Himmel, der sein Firmament über Süd-Afrika breitet, bleibt ewig blau. Die Gerechtigkeit, an die Piet Retief appellierte, als unsere Väter der Kapkolonie Lebewohl sagten und an die Joachim Prinsloo im Volksrad von Natal appellierte, als es durch England annektiert wurde, der die Bürger von Transvaal ihre Sache auf Paardekraal im Jahre 1880 vertrauten, bleibt unverändert und ist ein Felsen, an welchem die brausenden Wogen der englischen Diplomatie zerschellen.

Nach ewigen Gesetzen wirkt diese Gerechtigkeit fort, unberührt durch menschlichen Hochmut und Leidenschaft. Wie bereits der alte griechische Tragöde sagt, „diese Gerechtigkeit lässt den Tyrannen in seiner anmassenden Einbildung stets höher und höher steigen und stets grössere Ehre und Macht erringen, bis er den verhängnissvollen Gipfel erreicht und dann in den unermesslichen Abgrund niederstürzt!“

Afrikaner! ich bitte Euch: Handelt wie Leonidas mit seinen 300 Mann, welche bei Thermopylae Xerxes und seinen Trabanten unverzagt entgegentraten und stosst Euch nicht an Männern wie Milner, Rhodes, Chamberlain und selbst am brittischen Reich, sondern vertraut Eure gute Sache dem Gott unserer Väter und der Gerechtigkeit, welche zuweilen langsam handelt aber nie schläft oder vergisst. Unsere Väter erlebten nicht vor der spanischen Inquisition sondern wagten den grossen Kampf für Freiheit und Recht unbekümmert um die Folgen selbst gegen den mächtigen Philipp. Sogar die Folterbank und die Mordbanden Ludwigs XIV. vermochten das Vertrauen unserer Väter an die Sache, für welche sie kämpften, nicht zu erschüttern oder zu brechen. Weder Alba noch Richelieu gelang es, die Tyrannei triumphieren zu lassen über das Gefühl von Freiheit und Unabhängigkeit bei unseren Vorfahren, und noch weniger wird es einem Chamberlain gelingen, die Tyrannei des Kapitalismus über uns, ihre Nachkommen, triumphieren zu lassen.

Wenn es uns beschieden ist, dass wir, wie klein wir auch sind, das erste von allen Völkern sein sollen, das

den Streit mit dem neuen Weltyrann, dem Kapitalismus, beginnt, so sind wir dazu bereit, selbst wenn dieser Tyrann durch die ganze Macht des Jingoismus gestützt wird.

Die Hoffnung, die im Jahre 1880 in uns brannte und welche uns damals zu dem Freiheitskampfe anfeuerte, sei auch jetzt unauslöschlich in unseren Herzen und sei uns ein Fanal auf unserem Pfad, der durch Blut und Thränen zum Ziel eines wahrhaft vereinigten Süd-Afrikas führt. Wie im Jahre 1880 unterbreiten wir auch jetzt mit Vertrauen unsere Sache der ganzen Welt. Ob wir siegen, ob wir sterben: die Freiheit wird in Süd-Afrika emporsteigen wie die Sonne aus den Morgenwolken, wie die Freiheit emporstieg in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. Dann wird es heißen, vom Zambesi bis zur Simonsbai:

„Afrika für den Afrikaner.“

## Anhang.

### Anlage A.

Graf Derby  
an die Transvaalsche Deputation.  
Downingstreet, 15. Februar 1884.

Meine Herren!

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens d. d. 13. h. zu bestätigen, in welchem Sie Ihre Bereitwilligkeit zu erkennen geben, den Vergleich anzunehmen, den ich Ihnen bei unserem letzten mündlichen Gespräch vorschlug, wonach die Schuld des Transvaal-Staates an Ihrer Majestät Regierung reduziert werden soll auf 127 000 Pfund Sterling. Ich werde mich beeilen, diesen Vorschlag Ihrer Majestät Regierung zur Erwägung zu empfehlen.

2. Ich habe die Vorschläge in dem 4. und den folgenden Paragraphen Ihres Schreibens erwogen und ich glaube nicht, dass es jetzt thunlich sein wird, die von Ihnen vorgeschlagenen Abmachungen zur Ausführung zu bringen, um die betreffenden Fragen zu regeln. Ihrer Majestät Regierung ist gleichwohl bereit, den Artikel 20 der Pretoria-Konvention in der neuen Konvention beizubehalten, mit den eventuell nötigen Veränderungen, und es freut mich, zu vernehmen, dass diese Handlungsweise mit Ihren Absichten übereinstimmt.

3. Als ich das Vergnügen hatte, Sie am 8. h. hier zu empfangen, behandelten wir die anderen wichtigen Fragen, welche sie mit und neben derjenigen der Grenz-

linie und jener der Schuld in einem früheren Schreiben meiner Begutachtung unterbreitet hatten, und ich teilte Ihnen in allgemeinen Zügen die Art und den Umfang der Konzessionen mit, welche Ihrer Majestät Regierung imstande sein würde, in dieser Hinsicht zu gewähren. Sie waren mit diesen Erklärungen, soweit sie Ihnen vorgelegt waren, einverstanden; und nachdem wir soweit gekommen sind, halte ich den Zeitpunkt für gekommen, um Ihnen nunmehr einen Entwurf der neuen Konvention, die Ihrer Majestät Regierung als Ersatz für die Pretoria-Konvention vorschlägt, zur Erwägung zuzusenden. In diesem Entwurf sind die Artikel der Pretoria-Konvention, welche nicht länger gültig sein sollen, neben die neu vorgeschlagenen Artikel gedruckt, und wo ein Artikel behalten und geändert ist, sind die Aenderungen derartig angebracht, dass sie deutlich als solche erkennbar sind. Sie werden bemerken, dass in dem Entwurf und der beigefügten Karte die Schlüsse, zu denen wir im Laufe unserer Unterhandlungen gekommen sind, getreu aufgeführt und in deutlichen Worten ausgedrückt sind, und ich vertraue darauf, dass es Ihnen keine Mühe kosten wird, jede Bestimmung zu verstehen und ihr zuzustimmen. Sollte jedoch der eine oder andere Punkt sein, worüber Sie noch im Zweifel wären, dann würde es ratsam sein, dass Sie hier wieder eine Zusammenkunft mit mir hätten, um dabei die weiteren wünschenswerten Erklärungen zu erhalten.

4. Ich halte es nicht für unbedingt notwendig, bei jedem Artikel des Entwurfs auf Einzelheiten einzugehen. Sie werden sehen, dass sowohl in der Einleitung als im Text der Konvention dem Wunsch Ihrer Regierung entsprechen und die Benennung „Süd-Afrikanische Republik“ an Stelle von „Transvaal-Staat“ gesetzt ist. In dem ersten Artikel wird die Ausdehnung der verabredeten westlichen Grenze eingehend beschrieben. Durch Weglassung derjenigen Artikel der Pretoria-Konvention, laut welchen Ihrer Majestät und dem brittischen Residenten gewisse besondere Befugnisse und amtliche Vorrechte zuerkannt

waren bezüglich der inneren Verwaltung und der auswärtigen Beziehungen des Transvaalstaates, wird es Ihrer Regierung freistehen, das Land ohne Dazwischenkunft zu regieren, seinen diplomatischen Verkehr zu regeln und die auswärtige Politik einzurichten, die allein der Zustimmung unterworfen sein wird, wie in Artikel 4 des neuen Entwurfes angeführt, dass kein Vertrag mit einem fremden Staat rechtskräftig sein soll ohne Genehmigung der Königin.

5. Es kommen noch andere Bestimmungen in dem Entwurf vor, die nicht Gegenstand unserer Besprechung waren; im Grossen und Ganzen sind sie eine Erneuerung der Erklärungen, welche für den Transvaal-Staat in die Pretoria-Konvention aufgenommen waren, von denen es mir als wünschenswert erschien (ich vertraue, dass Sie ebenso darüber denken werden), dass sie gebraucht werden als eine Versicherung für alle Parteien, dass an all den Bürgschaften für Freiheit und gleiche Behandlung, welche zu gewähren sich Ihr Staat stets bereit erklärte, nichts verändert werden soll. Ich möchte gleichwohl noch hinweisen auf Artikel 19 des Entwurfs, worin vorgeschlagen wird, dass, im Hinblick auf das Aufhören jeglicher Dazwischenkunft dieses Landes in die Regierung und die Aufsicht über die Eingeborenen innerhalb Transvaals, feierlich erklärt werde, dass Ihre Regierung die Bürgschaften, die mit ihrer Zustimmung und Einwilligung durch den Ober-Kommissar Ihrer Majestät den Eingeborenen gewährleistet sind, annehmen und ausführen wird.

6. Ich hoffe baldigst von Ihnen zu vernehmen, dass für mich nichts im Wege liegt, um Ihrer Majestät Regierung mitzuteilen, dass der Konventions-Entwurf gutgeheissen werden kann.

Ich habe u. s. w.

Derby.

An die Herren Krüger, du Toit und Smit.

---

## A Convention concluded between Her Majesty the Queen etc. etc. and the South African Republic.

Note: The words and paragraphs bracketed or printed in italics are proposed to be inserted, those within a black line are proposed to be omitted.

Her Majesty's Commissioners for the settlement of the Transvaal Territory, duly appointed as such by a Commission passed under the Royal Sign Manual and Signet, bearing date the 5th of April 1881, do hereby undertake, and guarantee, on behalf of Her Majesty, that from and after the 8th day of August 1881 complete self-government, subject to the suzerainty of Her Majesty, Her Heir and Successors, will be accorded to the inhabitants of the Transvaal Territory, upon the following terms and conditions, and subject to the following reservations and limitations:

Whereas the Government of the Transvaal State, through its Delegates, consisting of Stephanus Johannes Paulus Kruger, President of the said State; Stephanus Johannes Du Toit, Superintendent of Education; Nicholas Jacobus Smit, a member of the Volksraad, have represented to the Queen that the Convention signed at Pretoria on the 3rd day of August 1881 and ratified by the Volksraad of the said State on the 25th October 1881, contains certain provisions which are inconvenient, and imposes burdens and obligations from which the said State is desirous to be relieved; and that the south-western boundaries fixed by the said Convention should be amended with a view to promote the peace and good order of the said State, and of the countries adjacent thereto; and whereas Her Majesty the Queen, etc. etc.;

has been pleased to take the said representations into consideration: Now, therefore, Her Majesty has been pleased to direct, and it is hereby declared, that the following articles of a new Convention signed on behalf of Her Majesty by Her Majesty's High Commissioner in South Africa, the Right Honourable Sir Hercules George Robert Robinson, Knight Grand Cross of the Most Distinguished Order of Saint Michael and Saint George, Governor of the Colony of the Cape of Good Hope, and on behalf of the Transvaal State (which shall hereinafter be called the South African Republic) by the above-named Delegates Stephanus Johannes Paulus Kruger, Stephanus Johannes Du Toit, Nicholas Jacobus Smit, shall, when ratified by the Volksraad of the South African Republic be substituted for the articles embodied in the Convention of 3rd August 1881; which latter, pending such ratification, shall continue in full force and effect.

Signed at ~~Pretoria~~ London this ~~3rd day of August 1881.~~

~~HERCULES ROBINSON,~~

~~President and High Commissioner.~~

~~EVELYN WOOD, Major General,~~

~~Officer Administering the Government,~~

~~J. R. DE VILLIERS.~~

We, the undersigned, Stephanus Johannes Paulus Kruger, ~~Martinus Wessel Pretorius, and Petrus Jacobus Joubert,~~ as ~~representatives~~ delegates of the Transvaal Burghers, South African Republic, do hereby agree to all the above conditions, reservations, and limitations, under which self government has been restored to the inhabitants of the Transvaal Territory, subject to the suzerainty of Her Majesty, Her Heirs and Successors, and we agree to accept the Government of the Said Territory, with all rights and obligations thereto appertaining, on the 8th day of August 1881, and we

promise and undertake that this Convention shall be ratified by a ~~newly elected~~ Volksraad of the ~~Transvaal State~~ South African Republic within ~~three~~ six Months from this date.

Signed at ~~Pretoria~~, London, this ~~3rd day of~~ August ~~1881~~.

~~S. J. P. KRUGER:~~

~~M. W. PRETORIUS.~~

~~P. J. JOUBERT.~~

---

Anlage B.

In seiner Ansprache bei der Eröffnung des Parlaments der Kapkolonie am 18. April 1872 sagte Sir Henry Barkly:

„Die Souveränität Ihrer Majestät wurde proklamiert und ausgeübt mit der vollen Zustimmung der Diamantengräber und seitdem ist die Regierung trotz ernster Schwierigkeiten vorsichtig und gut verwaltet.“

Die Diamond News vom 1. Mai 1872 sagt im Anschluss an diese Ansprache:

„Von den drei sehr kurzen Paragraphen, die uns unmittelbar betreffen, ist der erste eine Selbstverherrlichung; die anderen behaupten, dass die Gräber und andere Einwohner von Griqualand die brittische Regierung mit herzlicher Freude aufnahmen.“

Sir Henry sagt Nichts von der ausserordentlichen und täglich zunehmenden Unzufriedenheit mit der Regierung, und wahrscheinlich weiss er auch nichts davon, da es für die Kommissare ein Selbstmord sein würde, deren sie sich aller Wahrscheinlichkeit nach nicht schuldig machen werden, zu berichten über die herrschende Stimmung.

Am 30. Mai 1872 schreibt die Diamond Field:

„Es kann nicht zweifelhaft sein, dass die Bevölkerung der Diamantfelder einer Annektion von Seiten der Kap-

kolonie auf das Stärkste abgeneigt ist. Falls etwa ein Plebiszit veranstaltet werden könnte, würden 9 Stimmen gegen eine gegen die Unterordnung unter die Regierung der Kapstadt sein. . . . Sogar die Regierung des Freistaates würde 2 Stimmen gegen eine erhalten, wenn die Regierung der Kapstadt der einzige andere Kandidat wäre“.

Im Dezember 1871 nur ungefähr einen Monat nach der Vertreibung der freistaatlichen Behörden und der Einführung der Junta von Sir H. Barkly brach das Lynchgesetz los, Zuchtlosigkeit und Unsicherheit herrschte überall. (Siehe *Diamond News* 17. Jan., 20. März., 17. Juli 1872).

In der *Diggers Gazette* vom 26. April 1872 liest man:

„Niemand kann um eine Fortsetzung des bestehenden Zustandes bitten. Nur unlautere Personen würden die Fortdauer eines derartigen Fehlschlags wünschen können, wie ihn unsere Kommissare der brittischen Regierung auf diesen Feldern erzielt haben. Bezüglich dieser Sache haben wir uns schon früher frei ausgesprochen und unsere lokalen Kollegen thaten dasselbe.“

Folgende Bemerkungen wurden gemacht in den *Diamond News* vom 16. Dezember 1871:

„Unlängst erschien in den *Diamond News* eine Beschreibung von Du Toit-pan bei Nacht, wie es war unter der als sehr ungenügend anerkannten freistaatlichen Polizei und im Gegensatz dazu, wie es jetzt ist, nachdem die Polizei zurückgezogen ist. Der Vergleich gereicht nicht zur Ehre der Geisteskraft oder administrativen Fähigkeit unserer gegenwärtigen Staatsleiter; und eine Vergleichung der freistaatlichen Regierung mit der Kapkolonie bezüglich anderer Sachen würde nicht vorteilhafter für letztere ausfallen. . . . Die so hoch gepriesene brittische Regierung, die alles in Ordnung bringen und so viel für die Gräber thun sollte, hat die Felder auf den ursprünglichen Zustand des Selbstschutzes zurückgebracht.“

In den „*Diamond News*“ vom 10. Juli 1872 (8 Monate nach der Einführung der Regierung von Sir H. Barkly) fand man folgende Bemerkungen:

„Räubereien werden so häufig, dass, falls wir allein die, von denen wir Kenntnis erhalten, in Einzelheiten erzählen müssten, wir mehr Platz nötig hätten als der ist, auf den wir beschränkt sind.

„Zahllose kleine Diebstähle fanden auch straflos statt. Dies ist sicher ein schöner Zustand! Und natürlicherweise entsteht die Frage, wie lange wird er andauern. Diebe, weiss und schwarz, erfahren und gefährlich, und doch keine Nachtpolizei, um ihnen in ihrem gesetzwidrigen Treiben entgegenzutreten. Werden wir keine Nachtpolizei erhalten? oder müssen die Schurken die ganzen Felder vergiften und fortdauernd die Freiheit geniessen, welche sie jetzt zu besitzen scheinen?“

Am 26. Juli brachen Lynchgesetz und Zügellosigkeit aufs Neue auf ausgedehnte und beunruhigende Weise zu „New Rush“, der vornehmsten Grube aus.

Die „Diggers Gazette“ sprach sich darüber in ihrer Ausgabe vom 19. Juli 1872 folgendermassen aus:

„Solange Richter Lynch unbezwungen Hof hält und Strafen auferlegt, braucht der ganze Apparat von gesetzlichem Ansehen ebenso gut nicht zu bestehen. Die Verwaltung kann ihren Anspruch auf Achtung nicht geltend machen, wenn Männer in dem Gefühl der Benachteiligung die Gesetze in die eigene Hand nehmen, nur als Folge der bewiesenen Unfähigkeit der Verwaltungsbeamten, sie zu beschirmen, wo ihre Interessen am meisten des Schutzes bedürfen. Tag um Tag, Nacht um Nacht erfreut sich der eine oder andere Teil des Feldes des erbaulichen Schauspiels von Geisselungen Farbiger, brennenden Zelten, weissen Personen umringt von wütenden Banden, die kaum von der Ausübung ihrer Rachsucht mit einer kurzen Beichte und einem dicken Tau zurückgehalten werden können. Wir wollen diesen Zustand nicht entschuldigen aber wir können die Augen nicht verschliessen vor der Ungerechtigkeit, die ihn beinahe zur Notwendigkeit gemacht hat. Kein Magistrat kann den Mangel eines solchen Gesetzes gut machen, eines derartigen Systems und einer Polizei, wie unsere Umstände es erfordern und bei deren

Fehlen wir keine andere Aussicht haben als den Terrorismus, der entsteht aus dem blinden Kampf gegen Anarchie.

Die Diamond News sagt in ihrer Ausgabe vom 20. Juli 1872:

„Die vielen Neuigkeiten in unseren Spalten und die Berichte von abgehaltenen Zusammenkünften und die Schauspiele, die jede Nacht auf Musterversammlungen gespielt werden in dieser Zeit der Aufregung, des Aufruhrs und der Verwirrung nehmen beinahe unsere ganzen Spalten ein. Wir wünschen von Herzen, dass das Feuer baldigst gelöscht werde, sonst ist sehr zu befürchten, dass das Ende des Anfangs sehr nachteilig sein wird für die Sicherheit und das Glück der Unschuldigen.“

Am 19. Juli 1872 wurde eine grosse Versammlung von Gräbern abgehalten in New Rush, einem Marktplatz, wobei folgende Resolution angenommen wurde!

„Diese Versammlung glaubt im Hinblick auf die herrschenden Ruhestörungen auf diesen Feldern, dass die Kommissare zusammen mit dem Gräberkomité solche Veränderungen machen müssen in Anbetracht der gegenwärtigen Unbrauchbarkeit des Gesetzes, um so viel wie möglich die Diamantdiebstähle durch farbige Diener und das Ankaufen derselben durch gewissenlose Händler zu verhindern und das Gesetz dem allgemeinen Interesse anzupassen.“

Im Parlament des Kaps der guten Hoffnung, beginnend am 5. Juni 1872, sagte Herr Merriman:

„Die Felder . . . . . waren annektiert und da wurde eine Regierungsform eingeführt, die nicht possierlicher sein konnte. Eine Art von unverantwortlicher Kommission („the roovers Junta“) war eingesetzt, deren Mitglieder nicht übereinstimmten und die Niemandem verantwortlich waren; man kann sich nichts vorstellen, was lächerlicher war und schädlicher wirkte. Der Oranje-Freistaat hatte den Menschen eine Art von Volksvertretung gegeben, aber die erste That unserer Regierung bestand darin, alle Kommissionen abzuschaffen und die Folge davon war,

dass die Menschen belastet wurden mit einer unverantwortlichen Körperschaft.

„Der Oranje - Freistaat hatte einen verantwortlichen Beamten angestellt . . . . der geeignet war . . . . während wir einen Gerichtshof errichtet hatten zwanzig Meilen von den meisten Menschen entfernt, wodurch unerschwingliche Ausgaben jedem Rechtsuchenden auferlegt werden, als ob der einzige Zweck der brittischen Regierung wäre, hohe Prozesskosten zu verursachen.“

„Herr Knight sagte: einer der Hauptgründe, weswegen er gegen Annektion sei, wäre, dass neun Zehntel der Bevölkerung ihre Hände erheben würden, um die bestehende Regierung abzuschaffen, weil sie glaubten, dass sie viel besser regiert worden seien vor der Annektion.“

„Herr Buchanan erklärte: Er selbst wäre, als er die Diamantfelder besuchte, von Feld zu Feld gewandert, und von einer Sortiertafel zur anderen und hätte mit Gräbern gesprochen, um sich über ihre Empfindungen in verschiedenen Sachen zu orientieren; und die Ueberzeugung, die er dabei bekam, war, dass ein starkes Gefühl gegen die brittische Regierung herrschte.“

„In einer folgenden Debatte im Parlament der Kapkolonie auf Veranlassung des Herrn Orpen, sagte Herr J. H. Brown: „dass die Gräber mit dem höchsten Abscheu auf die bestehende Regierung sähen, und dass dieselbe ebenso sehr gehasst würde wie sie es verdiente.“ — Diggers Gazette. 12. Juli 1872.“

In den Diamond News vom 8. Oktober 1872 liest man:

„Zeitung auf Zeitung erscheint und sie, die Anspruch machen auf Land, schauen begierig aus, um zu sehen, „wie es mit dem Land ist“? und alle Erläuterungen, die die Zeitung giebt, sind die, dass David Arnot, Esq., Anspruch macht auf das halbe Land und dass Francis Orpen, Esq., der Landmesser, beschlossen hat, dass 30 Pfund Sterling bezahlt werden müssen, ehe die Sache von irgend einem Reflektanten in Erwägung gezogen werden könne. Es ist Arnot und Orpen und Land, und

Land und Orpen und Arnot, Woche auf Woche. Sie scheinen für einander gemacht zu sein und für nichts und niemand anders. Eine halbe Zeitung ist angefüllt mit Listen von Ansprüchen des genannten David und von Tag zu Tag wird es deutlicher, dass das Oberhaupt von Griqualand-West nicht Herr Waterboer sondern David Arnot gewesen sein muss — denn all' die Versorgung der Ansprüche und all' die Käufe, 's ist alles für Herrn Arnot und niemand anders. Der Eindruck ist überall, dass die brittische Protektion angerufen wurde nicht für brittische Interessen, auch nicht für die Interessen der Britten, die auf den Feldern arbeiteten, sondern für zwei Herren, welche die Zügel mit mehr Kraft festhalten, als irgend einem Privatmanne gestattet werden mag, um in der Regierung des Landes . . . . .

Wer hat je von einer Regierung gehört, die sich verpflichtet, die Landmessung eines neuen Staates an einen Mann allein zu überlassen? Herr Francis Orpen ist zweifellos in seinem Beruf eine erstklassige Kraft . . . . aber das giebt keiner Regierung das Recht, zuzugeben, dass er und er allein die Messung des Grundgebietes gänzlich in seinen Händen halten soll. Jeder weiss, wozu das führen muss.“









